

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

2·22

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com

Deutschland und Italien haben sich gegenseitig in der Rechtspolitik immer befruchtet und ergänzt – es sieht nicht so aus, als ob sich dies in absehbarer Zeit ändern wird. Es ist auf einigen Rechtsgebieten ein interessanter Wettkampf zwischen beiden Rechtsordnungen, für den es seit 70 Jahren einen Schiedsrichter in Luxemburg gibt: Den EuGH. Hier ein Beispiel:

In der Ära unserer Großeltern konnte nur der Sensemann eine italienische Ehe beenden. Mit „Scheidung auf Italienisch“ (siehe auch den Film mit Stefania Sandrelli und Marcello Mastroianni) war ja kein förmliches Verfahren gemeint, sondern pures Blutvergießen. Viele trennungswillige italienische Paare schauten neidisch nach Deutschland.

Heute ist es glatt umgekehrt. Italienische Scheidungswillige müssen nicht einmal zum Richter, um sich scheiden zu lassen; der Standesbeamte reicht vollkommen, und ihre „Scheidung light“ muss der deutsche Staat jetzt anerkennen (s. EuGH Urteil vom 15.11.2022, Rs. C-646-20).

Dennoch: Für die Weihnachtsfeiertage wünschen wir weder den italienischen, noch den deutschen und erst recht nicht den gemischten Paaren Trennungsabsichten! Bleibt zusammen!!

La Germania e l'Italia si sono sempre fecondate e completate a vicenda nello sviluppo del diritto e non sembra che questo sia destinato a cambiare nel prossimo futuro. Si tratta di un'interessante competizione tra i due ordinamenti giuridici in alcune aree del diritto per la quale esiste un arbitro in Lussemburgo da 70 anni: La Corte di giustizia europea. Ecco un esempio: All'epoca dei nostri nonni, solo il Tristo Mietitore poteva porre fine a un matrimonio italiano. Divorzio all'italiana" (vedi anche il film con Stefania Sandrelli e Marcello Mastroianni) non significava un procedimento formale, ma puro spargimento di sangue. Molte coppie italiane che volevano divorziare guardavano con invidia alla Germania.

Oggi è il contrario. Chi è intenzionato a divorziare in Italia non deve nemmeno rivolgersi a un giudice; l'ufficiale di stato civile è perfettamente sufficiente, e il loro "divorzio leggero" deve ora essere riconosciuto al maschile dallo Stato tedesco (cfr. sentenza della Corte di Giustizia del 15.11.2022, causa C-646-20).

Tuttavia: per le festività natalizie non auguriamo né agli italiani, né ai tedeschi e certamente non alle coppie miste di pensared a un divorzio: Rimanete uniti!!!

Aus dem Inhalt - All'interno

Terminologische Hilfen: Auto-Pose	2
Ultime dall'Italia: Gender-Gap	3
Neues aus Deutschland: Strafen für SUV	4
Procedure: Tribunale tedesco parla inglese	5
Verbraucherrecht: Die Wahrheit im Hotel	6
Informazioni per colleghi: Avvocato malato indagato	7
Immobilienseite: Verpflichtungen des Maklers	8
Ultime dall'Europa: Ferie per tutti	9
Arbeitsrecht: Pflicht zur Arbeitszeiterfassung	10
Diritto tributario: Fisco ante portas	11
Erbrecht: Ordre Public und Pflichtteil	12
Distribuzione: Recesso dell'agente sotto target	13
Familienrecht: „Private“ Scheidungen zulässig	14
Diritto societario: Compliance in Germania	15
DL over the world	16



NEUES AUS ITALIEN

Öffentliche Ausschreibungen: Neues Gesetz

Das öffentliche Auftragswesen soll in Italien in ein einheitliches Gesetzbuch mit 230 Artikeln zusammengefasst werden. Eine entsprechende Vorlage liegt der Regierung vor, die auf der Grundlage des Gesetzes 78/2022 ein entsprechendes Dekret vorbereiten kann. Sollte die Vorlage umgesetzt werden, werden erstmals in Italien Subunternehmer bei öffentlichen Aufträgen zugelassen werden. Der Mandantenbrief wird berichten.

Neues Internationales Strafgesetzbuch

Der italienische Staat möchte 24 Jahre nach Unterzeichnung des römischen Statuts zur Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshof seinen darin übernommenen Verpflichtungen nachkommen und ein Strafgesetzbuch für internationale Straftaten (Codice dei Crimini Internazionali) verkünden. Dem italienischen Strafrichter soll damit die Zuständigkeit für im Ausland begangenen schweren Verbrechen, wie Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit übertragen werden und Fragen wie die Aufhebung der Verjährung und der Staatenimmunität regeln. Schon im Juni 2022 wurde ein Gesetzesentwurf einer Kommission unter Leitung von Prof. Fau-

sto Pocar – u.a. ehemaliger Präsident der italienisch-deutschen Juristenvereinigung - veröffentlicht. Ob die neue Regierung den Entwurf zügig als Gesetzesvorlage einbringen wird, ist noch nicht bekannt: Am 5.11.2022 fand hierüber noch eine Tagung in der römischen Universität „La Sapienza“ statt.

Marzabotto: Deutschland zum Schadensersatz verurteilt

Die Frage der Immunität zugunsten des deutschen Staates für die Naziverbrechen während der Besetzung Italiens von 1943-45 schien vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag 2012 im Sinne Deutschlands entschieden zu sein. Dennoch hat das Landgericht Bologna mit Urteil vom 20.06.2022 die Bundesrepublik zum Schadensersatz zugunsten der Hinterbliebenen der 800 Opfer von Marzabotto, wo die Waffen-SS zwischen dem 9. September und dem 5. Oktober 1944 fast die gesamte Zivilbevölkerung ermordete, verurteilt. (Quelle: La Repubblica: https://bologna.repubblica.it/cronaca/2022/06/21/news/la_sentenza_strage_di_marzabotto_la_germania_deve_risarcire-354794010/)

Es ist nicht damit zu rechnen, dass das Urteil rechtskräftig wird, da spätestens der Kassationshof

die Vorgaben des Internationalen Gerichtshofs beachtet wird. Dieses stuft die Verbrechen der Waffen-SS als Kriegsverbrechen ein; die gegenteilige Auffassung, die unter anderem von der Richterin in Bologna vertreten wird, sieht hingegen die systematische Vernichtung der zivilen Bevölkerung als Ausdruck einer politischen Absicht des NS-Staates an, die eben nicht in Verbindung mit Kriegszielen oder -mittel stünde.

Gender Gap: Zertifizierung der Gleichstellung in Unternehmen

In Italien müssen Unternehmen, die u.a. Vergünstigungen bei der Höhe von Sozialabgaben und der Teilnahme bei öffentlichen Ausschreibungen in Anspruch nehmen möchten, sich die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern im Unternehmen zertifizieren lassen. Mit Gesetzesdekret vom 29.04.22 (veröffentlicht in der Gazzetta Ufficiale Nr. 152 vom 01.07.2022) hat sich ein Beratungsfeld für spezialisierte Anwälte eröffnet, über das wir noch berichten werden. Neben der gleichen Bezahlung werden u.a. auch die gleichen Beförderungschancen und die effektive Gewährleistung von Mutterschutz Gegenstand der Zertifizierung sein.

TERMINOLOGISCHE HILFEN FÜR VERRENTETE RECHTSANWÄLTE

Lost Place

Dieser Terminus hat nichts damit zu tun, dass man gegebenenfalls nicht mehr nach Hause findet, sondern hat sich in YouTube und Instagram für besonders fotogene Orte entwickelt, die offensichtlich aufgegeben wurden und sich besonders für einen alternativen Tourismus eignen.

Ein Instagram Nutzer hatte schöne Bilder einer augenscheinlich verfallenen Burg in Thüringen ins Netz gestellt. Die Ruine war frei zugänglich, ein Hinweis auf ihren Namen oder Eigentümer war nicht vorhanden.

Eine amerikanische Gesellschaft, die Eigentümerin der Ruine ist, vertrat die Auffassung, dass es sich eben nicht um einen Lost Place handele und klagte gegen den Nutzer aufgrund der Fotografien auf 4.500 Euro Schadensersatz - wegen Verletzung des Urheberrechts und immaterieller Schäden. Dem Amtsgericht München blieb keine andere Wahl als den Anspruch zurückzuweisen, da nach deutschem Recht die geltend gemachten Ansprüche nur durch natürliche und nicht durch juristische Personen gerichtlich geltend gemacht werden können (AG München, Urteil vom 09.04.2021, 142 C 14251/20).

Auto-Posen

Diesen Begriff gibt es bislang nur in Deutschland, wo die Beziehung zwischen Mensch und PKW wahrscheinlich die stärkste Ausprägung weltweit erfährt. Damit ist das nicht dem Transport dienende Hin- und Herfahren mit übermotorisierten Fahrzeugen durch Innenstädte gemeint, zu dem einzigen Zweck, anderen Menschen zu imponieren.

Die Stadt Düsseldorf hatte einen 22-jährigen Autofahrer mehrfach angemahnt, seinen 500 PS starken

Mercedes AMG C 63 nicht laut aufheulen zu lassen und das Autoposen drei Jahre lang im Stadtgebiet untersagt. Die Untersagung wurde mit einem Zwangsgeld von 5-10.000 Euro sanktioniert, sollte er sich mit dem Fahrzeug noch mal in der Stadt erwischen lassen.

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Urteil vom 1.9.2022, Az. 6 K 4721) hob die Verfügung der Stadt wieder auf, da das Straßenverkehrsrecht durch Bundesrecht in Deutschland abschließend geregelt sei. Solange die Straßenverkehrsordnung das Autoposen nicht ausdrücklich verbietet, ist es erlaubt. Der 22-jährige kann jetzt seinem Hobby weiter nachgehen.

Die besondere autoaffine Leidenschaft nördlich der Alpen wird auch aus einem Verfahren vor dem Oberlandesgericht Frankfurt (Urteil vom 21.7.2022, - 11 U 7/21) ersichtlich. Dort klagte ein Unfallgeschädigter gegen seine Versicherung, die ihm während der Reparaturzeit seines Porsches nur einen Ford als Ersatzwagen zur Verfügung stellte. Er klagte tatsächlich als Ersatz für die Einschränkung des Fahrvergnügens während der Reparatur. Die zweitinstanzlichen Richter stellten fest, dass die Beeinträchtigung des Fahrvergnügens eine in einer subjektiven Wertschätzung gründende immaterielle Beeinträchtigung sei, deren Bemessung nach objektiven Maßstäben nicht möglich und daher vom Schädiger nicht zu ersetzen sei und wiesen die Klage ab.

Quiet Quitting

Das ist ein neuer Begriff für ein altbekanntes Phänomen; ein Arbeitnehmer arbeitet gerade so viel, um keinen Kündigungsgrund zu liefern. Zugunsten der eigenen Freizeit und Lebensqualität wird das Enga-

gement für den Arbeitsplatz auf ein Minimum reduziert. Der Begriff soll sich durch ein Tik-Tok-Video verbreiten. Arbeitsrechtlich befinden wir uns auf dem wohlbekannten und kaum lösbaren Low-performance-Feld.

Rave

Wer in Sachen Popmusik in den neunziger Jahren stehen geblieben ist (so die Redaktion), verbindet mit Rave schlicht eine Art elektronischer Tanzmusik. Da die italienischen Tageszeitungen das Thema „Neues Rave-Gesetz“ auf ihren ersten Seiten erörtern, scheint sich der Begriff weiterentwickelt zu haben. Und hier hilft Wikipedia:

Rave (englisch (to) rave = „rasen, schwärmen, toben, fantasieren“) bezeichnet einmalige Tanzveranstaltungen („One-off-Events“) mit elektronischer Musik in eigens dafür präparierten Locations wie zum Beispiel leerstehenden Lagerhallen oder draußen („outdoor“), deren konzeptioneller Schwerpunkt auf ekstatischem Tanz liegt.

Mittlerweile haben sich „Raves“ in Italien zu illegalen Zusammenkünften aller Art weiterentwickelt, deren Inhalt man am besten aus dem Gesetzesdekret 162/2022 (legge rave) entnehmen kann, mit dem Art. 434bis italienisches Strafgesetzbuch eingeführt wird: Danach wird das Eindringen in einer Gruppe von mehr als 50 Personen in fremde Grundstücke oder Gebäude, das die öffentliche Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gefährdet, bestraft.

Italienische Kollegen, die im Strafrecht bewandert sind, werden gebeten, den Mehrwert der Vorschrift im Verhältnis zum Hausfriedensbruch (Art. 633 c.p.) zu erläutern. Offensichtlich bleiben 49 sich versammelnde Raver straffrei.

ULTIME DALL'ITALIA

Codice appalti: nuova legge

Gli appalti pubblici in Italia saranno consolidati in un nuovo codice di 230 articoli. Un disegno di legge in tal senso è all'esame del governo, che ha la possibilità di elaborare un decreto sulla base della legge 78/2022. Se il disegno di legge verrà attuato, per la prima volta in Italia saranno ammessi i subappalti negli appalti pubblici. La lettera ai clienti vi aggiornerà.

Nuovo codice penale internazionale

A ventiquattro anni dalla firma del Trattato di Roma che istituisce la Corte penale internazionale, lo Stato italiano vuole adempiere agli obblighi assunti in esso e promulgare un codice penale per i crimini internazionali. Questo darà al tribunale penale italiano la giurisdizione su gravi crimini commessi all'estero, come il genocidio e i crimini contro l'umanità, e regolerà questioni come l'abolizione della prescrizione e l'immunità dello Stato. Un progetto di legge di una commissione guidata dal Prof. Pocar - ex presidente dell'Associazione degli Avvocati Italo-Tedeschi, tra l'altro - è già stato pubblicato nel giugno

2022. Non si sa ancora se il nuovo governo introdurrà rapidamente il progetto di legge: Il 5.11.2022 si è tenuto un incontro su questo tema presso l'Università romana "La Sapienza". La bozza può essere consultata al seguente link: https://www.giustizia.it/cmsresources/cms/documents/commissione_PALAZZO_POCAR_relazione_finale_31mag22.pdf

Marzabotto: La Germania è stata condannata a pagare i danni

La questione dell'immunità a favore dello Stato tedesco per i crimini nazisti durante l'occupazione dell'Italia dal 1943-45 sembrava essere stata decisa a favore della Germania dalla Corte internazionale di giustizia dell'Aia nel 2012. Tuttavia, con una sentenza del 20 giugno 2022, il Tribunale di Bologna ha condannato la Repubblica Federale a risarcire i superstiti delle 800 vittime di Marzabotto, dove le "Waffen-SS" uccisero la quasi totalità della popolazione civile tra il 9 settembre e il 5 ottobre 1944. (Fonte: La Repubblica: https://bologna.repubblica.it/cronaca/2022/06/21/news/la_sentenza_strage_di_marzabotto_la_germania_deve_risarcire_354794010/)

Non è credibile che la sentenza diventi giuridicamente vincolante, poiché al più tardi la Corte di Cassazione si atterrà alle linee guida della Corte di Giustizia. Quest'ultima classifica i crimini delle SS come crimini di guerra; la visione opposta, sostenuta tra gli altri dal giudice di Bologna, vede lo sterminio sistematico della popolazione civile come espressione di un'intenzione politica dello Stato nazista, che non è collegata a scopi o mezzi bellici.

Gender Gap: Certificazione di uguaglianza nelle aziende

In Italia, le aziende che desiderano beneficiare, tra l'altro, di agevolazioni sull'ammontare dei contributi previdenziali e sulla partecipazione a gare d'appalto pubbliche, devono ottenere la certificazione della parità di genere in azienda. Il decreto legislativo del 29.04.22 (pubblicato sulla Gazzetta Ufficiale n. 152 del 01.07.2022) ha aperto un campo di consultazione per gli avvocati specializzati, di cui riferiremo in seguito. Oltre alla parità di retribuzione, saranno oggetto di certificazione anche le pari opportunità di promozione e l'effettiva garanzia di tutela della maternità.

AUSILI TERMINOLOGICI PER AVVOCATI PENSIONATI

Lost place

Questo termine non ha nulla a che vedere con l'impossibilità di ritrovare la strada di casa, ma è maturato su YouTube e Instagram per indicare luoghi particolarmente fotogenici, evidentemente abbandonati e particolarmente adatti a un turismo alternativo.

Un utente di Instagram ha postato delle bellissime foto di un castello apparentemente fatiscante in Turingia. Il rudere era liberamente accessibile, senza alcuna indicazione del nome o del proprietario.

Una società americana, proprietaria del rudere, ha ritenuto che non si trattasse di un luogo perduto e ha citato in giudizio l'utente per un risarcimento di 4.500 euro sulla base delle fotografie - per violazione del copyright e danni immateriali. Il tribunale distrettuale di Monaco di Baviera non ha potuto far altro che respingere la richiesta di risarcimento, in quanto, secondo la legge tedesca, le richieste di risarcimento possono essere avanzate solo da persone fisiche e non da persone giuridiche (AG München, sentenza del 09.04.2021, 142 C 14251/20).

Auto-posen

Questo termine era d'uso sino ad oggi solo in Germania, dove sussiste probabilmente il più stretto rapporto al mondo tra uomo e auto. Si riferisce all'andare avanti e indietro per i centri urbani con veicoli troppo potenti al solo scopo di impressionare gli altri.

La città di Düsseldorf aveva ripetutamente intimato a un automobilista di 22 anni di non "smanettare" ad alto volume con la sua Mercedes AMG C 63 da 500 CV, vietandogli di entrare con la vettura per tre

anni in città. Il divieto è stato sanzionato con una multa di 5-10.000 Euro se fosse stato sorpreso a guidare nuovamente il veicolo in città.

Il Tribunale amministrativo di Düsseldorf (sentenza dell'1.9.2022, rif. 6 K 4721) ha annullato l'ordinanza della città, poiché in Germania il codice della strada è regolato in via esclusiva dalla legge federale. Finché il codice della strada non vieta esplicitamente l'auto-post, anche tale attività è consentita. Il 22enne può ora continuare a dedicarsi al suo hobby.

La particolare passione per le auto a nord delle Alpi si rileva anche da una sentenza della Corte d'Appello di Francoforte (21.7.2022, - 11 U 7/21). La vittima di un incidente stradale citava in giudizio la compagnia di assicurazione per avergli messo a disposizione "solo" una Ford durante il periodo di riparazione della sua Porsche. L'oggetto della richiesta era la limitazione del piacere di guida durante il periodo della Porsche in officina. I giudici di secondo grado hanno ritenuto che la compromissione del piacere di guida fosse un danno immateriale basato su un apprezzamento soggettivo, la cui misurazione non era possibile in base a standard oggettivi e che pertanto non doveva essere risarcito dal responsabile del danno - e hanno respinto la richiesta.



Quiet Quitting

Si tratta di un nuovo termine per un fenomeno ben noto: un dipendente lavora quanto basta per non giustificare il licenziamento. A favore del proprio

tempo libero e della qualità della vita, l'impegno sul posto di lavoro è ridotto al minimo. Il termine si sarebbe diffuso attraverso un video di Tik-Tok. In termini di diritto del lavoro, ci troviamo nel ben noto e difficilmente risolvibile campo del low performance.

Rave

Chi è rimasto agli anni Novanta, quando si parla di musica pop (così la redazione) associa semplicemente il rave a un tipo di musica dance elettronica. Mentre i quotidiani italiani discutono in prima pagina della "nuova legge sui rave", il termine sembra essersi evoluto. Ed è qui che Wikipedia viene in soccorso:

Il termine rave (inglese (to) rave = "precipitarsi, scatenarsi, fantasticare") si riferisce a eventi di ballo una tantum ("one-off events") con musica elettronica in luoghi appositamente allestiti come magazzini vuoti o all'aperto ("outdoor"), il cui focus concettuale è il ballo estatico.

Nel frattempo, i "rave" in Italia si sono trasformati in raduni illegali di ogni tipo, il cui contenuto può essere meglio desunto dal Decreto Legislativo 162/2022 (legge rave), che introduce l'art. 434 bis del Codice Penale: In base a ciò, lo sconfinamento di un gruppo di più di 50 persone nel terreno o nell'edificio di un'altra persona, che mette in pericolo l'ordine pubblico, la sicurezza o la salute, è punibile.

I colleghi italiani esperti di diritto penale sono invitati a spiegare il valore aggiunto della disposizione in relazione alla violazione di domicilio (art. 633 c.p.). A quanto pare, 49 raduni di raver restano impuniti.

VERFAHRENSRECHT

Das Landgericht Frankfurt spricht englisch

In Handelssachen können die Parteien vor dem Landgericht Frankfurt vor einer Kammer für Handelssachen auch in englischer Sprache verhandeln. Wie der vorsitzende Richter Bergmeister in einem Interview mit der NJW verriet (NJW aktuell 31/2022), ist der erste Fall gerade abgeschlossen worden. Die Anfrage, die Verhandlung auf Englisch zu führen, kam erst 1 (!) Tag vor der mündlichen Verhandlung, um den CEO der ausländischen Partei eine Teilnahme ohne Dolmetscher zu ermöglichen.

Kostenerstattung für Freigesprochene: Beitrag von RA Reinhard Gebhard

Es freut uns sehr, wenn Kollegen, Mandanten oder Freunde (die eine Kategorie schließt die andere nicht aus) uns schreiben und zu den Beiträgen im Mandantenbrief Stellung nehmen. Das zeigt, dass der Mandantenbrief tatsächlich gelesen wird. Der folgende Beitrag, den wir mit Genehmigung des Autors veröffentlichen, hat uns besonders gefreut.

Der Autor ist nicht nur ein sehr geschätzter Kollege, sondern hat auch selbst Rechtsgeschichte geschrieben und den Weg zur Freizügigkeit für alle Rechtsanwälte in der Europäischen Union eröffnet (EuGH Rs. C-55/94, auch: Gebhard-Urteil)

”

Lieber Kollege Dr. Dolce,

obige Angelegenheit betreffend nehme ich Bezug auf Deinen Mandantenbrief Nr. 1/22, S. 1 und zwar konkret auf den Artikel „Kostenerstattung für Freigesprochene“.

Du beschreibst, wie nun auch in Italien durch die Einführung des „decreto interministeriale“ vom 20.12.2021 Freigesprochene „erster Klasse“ die Anwaltskosten erstattet bekommen. Man müsse lediglich bis zum 31. März des Folgejahres einen entsprechenden Antrag stellen.

Wie jedoch so oft in Italien, ist auch hier die konkrete Inanspruchnahme der Kostenerstattung mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Waren

gemäß Art. 1, Abs. 1017 Gesetz Nr. 178/2020 (Haushaltsgesetz 2021) noch einfache Modalitäten für die Antragstellung vorgesehen, wurden diese durch das obengenannte „decreto interministeriale“ deutlich verkompliziert.

Der Zugriff auf den diesbezüglichen Fond ist äußerst komplex, die Prozedur nicht nur undurchsichtig, sondern auch aufwendig und unzuverlässig. Der Erstattungshöchstbetrag ist in EUR 10.500,- festgelegt und im Falle der Zurückweisung des Antrages bzw. der Erschöpfung des jährlich zur Verfügung stehenden Gesamtbetrages in offenkundig unzureichender Höhe von EUR 8.000.000,-, kann der Antrag nicht erneut gestellt werden.

Darüber hinaus muss der Antrag persönlich vom Freigesprochenen gestellt werden, und zwar mittels des eigens dazu bestimmten Webportals, das lediglich mittels der SPID-zwei Niveau Anmelde Daten zugänglich ist. Es müssen einerseits spezifische Einzelheiten des Urteils angegeben werden, andererseits auch viele Unterlagen dem Antrag beigefügt werden. Diesbezüglich unter anderem auch die Steuererklärung des Jahres vor dem Eintritt der Rechtskraft des Urteils, aus welcher das besteuerbare Einkommen des Freigesprochenen hervorgeht. Es scheint unwahrscheinlich, dass Privatpersonen ohne juristische Vorkenntnisse in der Lage sind diesen Antrag alleine zu stellen. Unabdingbar ist insofern die Inanspruchnahme eines kostenpflichtigen juristischen Beistandes.

Schließlich muss die mittels Banküberweisung zu zahlende Rechnung des Anwaltes von der zuständigen Anwaltskammer geprüft und genehmigt werden. Die hierfür zusätzlich anfallenden Kosten in Höhe von ca. EUR 600,- werden nicht erstattet.

Wie oben dargelegt ist das Prozedere äußerst kompliziert und bietet keine ausreichende Erfolgsgarantie, da auch bei korrekter Antragstellung nicht auszuschließen ist, dass der jährliche zur Verfügung stehende Gesamtbetrag nicht bereits gänzlich ausgeschüttet wurde.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen
Reinhard Gebhard, Rechtsanwalt

“

NEUES AUS DEUTSCHLAND

Straßenverkehr: Höhere Strafen für SUV-Fahrer

In Deutschland nimmt seit Jahren das Umweltbewusstsein stetig zu und man ist hier zu Recht stolz, Vorreiter der Mülltrennung gewesen zu sein. Dennoch nimmt – im unauflösbaren Widerspruch dazu – der Anteil der sogenannten SUVs an den zugelassenen Fahrzeugen überproportional zu, sodass die Parkhausbetreiber in den Großstädten auch die Parkplatzebenen neu definieren müssen.

Ein weiteres Argument, sich gegen einen SUV zu entscheiden, liefert jetzt das Amtsgericht Frankfurt. Danach soll das Überfahren einer roten Ampel durch einen SUV gefährlicher sein als bei anderen Autos. Die kastenförmige Bauweise und die erhöhte Frontpartie würden das Verletzungsrisiko für andere Verkehrsteilnehmer erhöhen. Der Richter setzte für das Überfahren der roten Ampel statt der Regelgeldbuße von 200 Euro eine Buße von 350 Euro fest (AG Frankfurt am Main, Urteil vom 03.06.2022, Az. 974 OWi 533).

Einführung des Bürgergeldes

Seit Jahren ist das italienische Bürgergeld (reddito di cittadinanza) Gegenstand von leidenschaftlich geführten Debatten, wobei auf der einen Seite an die gesellschaftliche Solidarität, auf der anderen Seite an die (Un)gerechtigkeit und den negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt appelliert wird. Der Unterschied zwischen einer gering vergüteten Arbeitstätigkeit und dem Bürgergeld wäre so gering, dass man dann morgens lieber im Bett bleiben würde.

So heftig wird in Deutschland – der Bundestag hat im November 2022 die Einführung des Bürgergeldes für Januar 2023 beschlossen – nicht diskutiert; die Zustimmung des Bundesrates steht hier noch aus. Die Argumente sind ähnlich, aber in Deutschland wurde ohnehin ein hohes Arbeitslosengeld gezahlt („Hartz 4“), sodass sich im Wesentlichen die Bezeichnung ändert. Der Leistungsempfänger („Bürger“) muss zumindest in den ersten 6 Monaten dem Arbeitsmarkt nicht uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Debattiert wurde über die Frage, in welcher Höhe eigenes Vermögen zunächst angerechnet wird; es sind 60.000 Euro pro Leistungsempfänger und je 30.000 pro Haushaltsmitglied das der Bürger als „Schonvermögen“ die ersten zwei Jahre unangetastet behalten darf.

Urheberrechtsverletzungen im Netz: Netzsperrung Ultima Ratio

Dass sich heute mehr Rechtsverletzungen im Internet als in anderen Bereichen des Lebens ereignen, darf zumindest für das Urheberrecht feststehen. Der Bundesgerichtshof hatte die interessante Frage zu klären, ob Rechteinhaber gegen den Netzbetreiber (hier die Deutsche Telekom) auf Abschaltung der Internetseite der Rechtsverletzer klagen konnte.

Der BGH hat einen solchen Anspruch in dem betreffenden Fall nicht gesehen. Eine Sperrung der Seite könne vom Betreiber nur verlangt werden, wenn der Rechteinhaber zuvor alle zumutbaren Mittel ausgeschöpft habe. Die obersten Richter hielten es für zumutbar, dass die Rechteinhaber (hier Wissenschaftsverlage) zunächst gegen die in der EU ansässigen Betreiber der Seite oder gegen die Host-Provider im Wege von einzelnen Verfügungen vorgehen würden. Die Netzsperrung sei nur das allerletzte Mittel (Urt. v. 13.10.2022, Az. I ZR 111/21).

Ransomware-Angriffe mehren sich

Ob Großunternehmen oder kleine Arztpraxen; in jeder Branche gehören Erpressungstrojaner leider zum Alltag. Die IT des Betriebs wird lahmgelegt, die Freigabe wird gegen Zahlung eines Betrags in Aussicht gestellt, der in der Regel niedriger ist als der dann nötige IT Aufwand. Dennoch raten IT-Sicherheitsexperten in nachvollziehbarer Weise davon ab, das Lösegeld zu zahlen, dann würde dieses Geschäftsmodell, das allein in Deutschland Schäden in Milliardenhöhe verursacht, im Keim ersticken werden.

90 Experten haben in einem offenen Brief an die Bundesregierung Maßnahmen gefordert, die das Geschäftsmodell erschweren: Lösegeldzahlungen sollten in Zukunft nicht von der Steuer abgesetzt werden können, Versicherungsleistungen die Lösegeldzahlungen übernehmen, sollten verboten werden (Quelle: Web.Report in NJW-Aktuell 28/22).

ULTIME DALLA GERMANIA

Circolazione stradale: sanzioni più elevate per i conducenti di SUV

In Germania, la consapevolezza ambientale è in costante aumento da anni e il Paese è giustamente orgoglioso di essere stato il pioniere della raccolta differenziata. Tuttavia - in irresolubile contraddizione con ciò - la percentuale dei cosiddetti SUV rispetto al numero di veicoli immatricolati sta aumentando a dismisura, cosicché anche i gestori dei parcheggi nelle grandi città devono ridefinire i posti auto.

Un altro argomento a sfavore di un SUV è stato fornito dalla Pretura di Francoforte. Secondo il tribunale, passare con il semaforo rosso con un SUV sarebbe più pericoloso che con altre auto. Il design squadrato e la parte anteriore rialzata aumenterebbero il rischio di lesioni per gli altri utenti della strada. Il giudice ha comminato una multa di 350 euro per essere passato con il semaforo rosso, invece della multa standard di 200 euro (Pretura di Francoforte sul Meno, sentenza del 03.06.2022, rif. 974 OWi 533).

Introduzione del Bürgergeld

Da anni il reddito di cittadinanza è oggetto di dibattiti appassionati, con appelli alla solidarietà sociale da un lato e alla (in)giustizia e agli effetti negativi sul mercato del lavoro dall'altro. La differenza tra un lavoro poco retribuito e il reddito di cittadinanza sarebbe così piccola che la gente preferirebbe rimanere la mattina a letto.

In Germania non c'è un dibattito così acceso: il Bundestag ha deciso nel novembre 2022 di introdurre un reddito di cittadinanza nel gennaio 2023, salvo l'approvazione nel Bundesrat. Le argomentazioni sono simili, ma in Germania veniva comunque erogato un sussidio di disoccupazione elevato ("Hartz 4"), quindi sostanzialmente cambia il nome. Il beneficiario ("cittadino") non deve essere disponibile al mercato del lavoro senza restrizioni, almeno nei primi 6 mesi. È stata discussa la questione dell'ammontare dei beni propri che saranno inizialmente presi in considerazione; si tratta di 60.000 euro per ogni beneficiario e di 30.000 Euro per ogni membro del nucleo familiare che il cittadino può mantenere intatti per i primi due anni come "beni protetti".

PROCEDURE

Il Tribunale di Francoforte parla inglese

Dinanzi al Tribunale di Francoforte sul Meno, in materia di questioni commerciali, le parti processuali possono chiedere che la discussione della causa avvenga in lingua inglese. Come ha rivelato il giudice Bergmeister in un'intervista alla NJW (NJW aktuell 31/2022), il primo caso si è appena concluso. La richiesta di condurre l'udienza in inglese è arrivata solo 1 (!) giorno prima dell'udienza di discussione orale, per consentire all'amministratore della parte straniera di partecipare senza interprete.

Rimborso delle spese per le persone assolte: contributo dell'Avv. Reinhard Gebhard

Ci fa molto piacere quando colleghi, clienti o amici (una categoria non esclude l'altra) ci scrivono e commentano gli articoli della lettera ai clienti. Questo dimostra che la newsletter viene effettivamente letta. Il seguente contributo, che pubblichiamo con il permesso dell'autore, ci ha fatto particolarmente piacere. L'autore non è solo un collega molto stimato, ma ha anche scritto lui stesso storia del diritto e ha aperto la strada alla libertà di circolazione per tutti gli avvocati nell'Unione europea (causa C-55/94 della Corte di giustizia europea, anche: sentenza Gebhard).

”

Caro collega Dolce,

con riferimento alla questione di cui sopra in merito alla lettera ai clienti n. 1/22, pag. 1 ed in particolare all'articolo "Rimborso delle spese per le persone assolte", osservo quanto segue.

Descrivi come anche in Italia, con l'introduzione del "decreto interministeriale" del 20.12.2021, le persone assolte "di prima classe" avranno diritto al rimborso delle spese legali. È sufficiente presentare una corrispondente domanda entro il 31 marzo dell'anno successivo.

Tuttavia, come spesso accade in Italia, l'effettiva richiesta di rimborso delle spese è associata a notevoli difficoltà. Mentre l'art. 1, comma 1017, della

legge n. 178/2020 (legge di bilancio 2021) prevedeva ancora semplici modalità di applicazione, queste sono state notevolmente complicate dal citato "decreto interministeriale".

L'accesso al fondo in questione è estremamente complesso, la procedura non solo è poco trasparente, ma anche onerosa e inaffidabile. L'importo massimo di rimborso è fissato a 10.500,00 euro e nel caso in cui la domanda sia respinta o l'importo totale disponibile ogni anno sia esaurito fino all'importo manifestamente insufficiente di 8.000.000,00 euro, la domanda non può essere ripresentata.

Inoltre, la domanda deve essere presentata personalmente dalla persona assolta, utilizzando il portale web dedicato, al quale si può accedere solo tramite i dati di login SPID-due livelli. Da un lato è necessario fornire dettagli specifici sulla sentenza, dall'altro è necessario allegare molti documenti alla domanda. A questo proposito, tra l'altro, la dichiarazione dei redditi dell'anno precedente al passaggio in giudicato della sentenza, da cui risulti il reddito imponibile della persona assolta. Sembra improbabile che privati che non hanno conoscenze giuridiche pregresse siano in grado di presentare questa domanda da soli. A questo proposito, è indispensabile avvalersi dei servizi di un consulente legale che sia tenuto a pagare le spese.

Infine, la fattura dell'avvocato, che deve essere pagata tramite bonifico bancario, deve essere controllata e approvata dall'ordine degli avvocati competente. I costi aggiuntivi sostenuti per questo, pari a circa 600 euro, non saranno rimborsati.

Come spiegato in precedenza, la procedura è estremamente complicata e non offre sufficienti garanzie di successo, poiché anche se la domanda viene presentata correttamente, non si può escludere che l'importo annuale totale disponibile non sia già stato versato per intero.

Cordiali saluti
Reinhard Gebhard, Avvocato

“

Violazioni del copyright in rete: Il blocco della rete come ultima risorsa

Il fatto che oggi su Internet si verifichino più violazioni dei diritti che in altri ambiti della vita può essere assodato, almeno per quanto riguarda il diritto d'autore. La Corte Suprema Federale tedesca (BGH) ha dovuto chiarire l'interessante questione se i titolari dei diritti possano fare causa all'internet provider (in questo caso Deutsche Telekom) per ottenere la disconnessione del sito web dell'autore della violazione.

Il BGH non ha ravvisato una simile pretesa nel caso in questione. Il blocco del sito può essere richiesto all'operatore solo se il titolare dei diritti ha precedentemente esaurito tutti i mezzi ragionevoli. I giudici della Corte Suprema hanno ritenuto ragionevole che i titolari dei diritti (in questo caso gli editori accademici) agissero prima contro i gestori del sito con sede nell'UE o contro i fornitori di hosting mediante ingiunzioni individuali. Il blocco della rete può essere solo l'ultima risorsa (sentenza del 13 ottobre 2022, caso n. I ZR 111/21).

Gli attacchi ransomware in crescita

Che si tratti di grandi aziende o di piccoli studi medici, in ogni settore i trojan ricattatori fanno purtroppo parte della vita quotidiana. Il sistema informatico dell'azienda è paralizzato, lo sblocco è promesso dietro pagamento di un importo che di solito è inferiore all'impegno informatico richiesto. Tuttavia, gli esperti di sicurezza informatica consigliano di non pagare il riscatto in alcun modo, in quanto questo modello di business, che causa danni per miliardi di euro solo in Germania, verrebbe stroncato sul nascere. In una lettera aperta al governo tedesco, 90 esperti hanno chiesto misure per rendere più difficile il modello (criminale) di business: I pagamenti per il riscatto non dovrebbero essere deducibili dalle tasse in futuro, le prestazioni assicurative che si fanno carico dei pagamenti per il riscatto devono essere proibite (Fonte: Web.Report in NJW-Aktuell 28/22).

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

Nachrichten aus einer anderen Welt: Staatsanwalt in Potenza überprüft Arbeitsunfähigkeit des Rechtsanwalts

Ein Rechtsanwalt aus Potenza, der vorab schon erfolglos um Terminverlegung gebeten hatte, erschien nicht zur mündlichen Verhandlung und reichte stattdessen ein ärztliches Attest ein. Der misstrauische Staatsanwalt begann daraufhin seine Ermittlungen, stellte Mobilfunkdaten sicher, um zu prüfen, von wo aus der Kollege sich am Terminstag eingewählt hatte, ließ graphologische Gutachten erstellen und stellte unter anderem fest, dass der Kollege die für die Therapie der diagnostizierten Krankheit notwendigen Pharmaka nicht erworben hatte. Die Rechtsanwälte aus Potenza protestierten im April 2022 gegen den Übereifer der Staatsanwaltschaft mit einem einwöchigen Streik. Die von der Staatsanwaltschaft eingeholten Beweise wurden aber für ausreichend erachtet, ein Strafverfahren gegen den Kollegen und den Arzt zu eröffnen, der die Krankheit bescheinigt hat (Quelle: Il Fatto Quotidiano vom 28.06.2022).

Die Nachricht lässt den deutschen Rechtsanwalt wie auch den deutschen Staatsanwalt staunen. Eine derartige Frontstellung ist in Deutschland schon allein aufgrund der gemeinsamen Ausbildung, die in einem für alle Juristen gleichen Staatsexamen mündet, alles andere als üblich. In Italien gehen Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte nach dem gemeinsamen Universitätsabschluss getrennte Wege

In diesem Zusammenhang ist auch auf eine Entscheidung des Kassationshofes vom 2.8.2022 (Nummer 30566) hinzuweisen, die das Recht des Rechtsanwaltes auf eine Terminverlegung bei begründetem Antrag hervorhebt. Dies auch dann – so im entschiedenen Fall – wenn sein Fernbleiben in der Verhandlung keinerlei Auswirkung auf den Fortgang des Verfahrens haben würde.

Busto Arsizio, die Stadt der Rechtsanwältinnen

Nach den Statistiken des nationalen italienischen Versorgungswerkes (Cassa Forense), ist unser Beruf in etwa gleichen Maßen auf beide Geschlechter verteilt (sieben 47,7 % Frauen, 52,3 % Männer). In den großen Regionen Norditaliens überwiegen die Frauen (Lombardei 52 %). Spitzenreiter ist Busto Arsizio mit 61% Frauenanteil. Leider sind die Einkommensverhältnisse alles andere als ausgeglichen. Männer verdienen zum Ende ihrer Berufstätigkeit ca. doppelt so viel wie Frauen. (<https://www.cassaforense.it/media/10300/rapporto-sullavvocatura-2022.pdf>)

Kein Versäumnisurteil bei technischem Abbruch der Videoverhandlung

Im deutschen Prozessrecht kann das Gericht bei Ausbleiben eines der Parteien sofort ein Versäumnisurteil erlassen. Die mit der Pandemie erwachsen gewordene Vorschrift des § 128 a ZPO (Videoverhandlung) enthält keine ausdrückliche Regel für die technische Panne, die zum Abbruch der Leitung für die Parteien führen kann. In einem solchen Fall hat das Oberlandesgericht Celle (Beschluss vom 15. September 2022, AZ 24 W 3/32) erstmals entschieden, dass das Gericht dann nicht ohne weiteres ein

Versäumnisurteil verkünden kann. Eine sehr beruhigende Entscheidung.

Italien: 73,3 % der Unternehmen mandatieren Rechtsanwälte

Nach einer Umfrage des „Organismo congressuale Forense“ in Zusammenarbeit mit „Confcommercio“, die am 4.10.2022 fertig wurde, geben 73,3 % der Unternehmen an, in der Vergangenheit einen Rechtsanwalt mandatiert zu haben; 88,9 % dieser Mandate betrafen nur die außergerichtliche Tätigkeit.

Deutsche Vergleichszahlen hierzu wären interessant. Es steht zu vermuten (und zu hoffen) dass die Zahlen in Deutschland höher ausfallen. Dies könnte dadurch begründet sein, dass in Italien der „Commercialista“ (der oft unzureichend mit Steuerberater übersetzt wird) die gesellschafts- und handelsrechtliche Beratung der Unternehmen übernimmt (Quelle: Italia Oggi vom 07.10.2022).

Italien: Gebührenerhöhung!

Am 23.10.2022 ist in Italien eine Gebührenerhöhung (Ministerialendekret Justizministerium 147/2022) in Kraft getreten. Die italienischen Kollegen können sich über eine generelle durchschnittliche Erhöhung der Gebühren in Höhe von 5 % freuen. Der Ermessensspielraum der Gerichte bei der Festsetzung der zu erstattenden Gebühren – ein in Deutschland unbekanntes Phänomen – ist eingeschränkt worden. Interessant ist auch die Einführung der Vereinbarung eines Stundenhonorars in der Unternehmensberatung; der Gesetzgeber sieht hier eine Rahmengebühr von 200 Euro/h – 500 Euro/h vor.

Erfolgshonorar nur im Rahmen

In diesem Zusammenhang ist eine Entscheidung des Kassationshofes über ein vereinbartes Erfolgshonorar interessant. Das oberste italienische Zivilgericht hat am 5.10.2022 (28914/22) entschieden, dass ein Erfolgshonorar nur wirksam vereinbart werden kann, wenn ein angemessenes Verhältnis zwischen der Vergütung und der Tätigkeit des Anwaltes besteht. Gegenstand des Rechtsstreits war eine Gebührenforderung in einer Erbschaftssache in Höhe von 30 % des Wertes der gesamten Erbschaft. Art. 45 des italienischen Standesrechts Codex verbietet Rechtsanwälten Honorare zu fordern, die unverhältnismäßig zur geleiteten Tätigkeit sind.

Vortrag bei BEA-Ausfall

In Deutschland kann seit dem 1.1.2022 die Kommunikation zwischen Anwaltskanzleien und Justizbehörden nur über eine Software (BEA) erfolgen, die störungsanfällig ist. Der BGH hat jetzt erstmals entschieden, was Rechtsanwälte bei einer Störung von BEA vortragen müssen, damit sie ausnahmsweise auf Brief oder Fax zurückgreifen dürfen: Ein pauschaler Hinweis auf die Störung genügt nicht, der Rechtsanwalt muss sich um eine aus sich heraus verständliche, geschlossene Schilderung der tatsächlichen Abläufe oder Umstände bemühen und diese anwaltlich versichern – und zwar unverzüglich nach Behebung der Störung (Beschluss vom 21.09.2022 – XII ZB 264/22).

VERBRAUCHERRECHT

Hotelbewertungen: Ein bisschen Wahrheit

Ein Hotelier las in einem Reiseportal die Bewertung eines Gastes, nach der sein Haus „den Charme der 60-70er Jahre“ versprühen würde und dass die „Schinkenpizza für ihre Qualität mit 8,90 Euro“ zu teuer sei. Da er sich um den guten Ruf seines Hauses sorgte, aber insbesondere auch Umsatzverluste befürchten musste, klagte er gegen das Bewertungsportal auf Löschung der Bewertung. Das Portal weigerte sich, da es nicht jeder Meinungsverschiedenheit nachgehen müsse. Grundsätzlich ist das richtig; hier hatte der Hotelier aber auch noch den guten Einfall, vorzutragen, dass der Bewerter nie Gast in dem Haus gewesen wäre.

Der Bundesgerichtshof hat in letzter Instanz dem Hotelier recht gegeben (Urteil vom 9.8.2022, VI ZR 1244/20). Wenn eine klare Rechtsverletzung behauptet wird, dann treffe das Portal eine Prüfpflicht. Es hätte hier den Nachweis vom Bewerter verlangen müssen, dass er tatsächlich das Hotel besucht hatte. Daran fehlte es.

Nach unserer Auffassung liegt hier einer der seltenen Fälle im Verbraucherrechtsschutz vor, wo sich die Interessen des Unternehmers und des Verbrauchers weitgehend decken. Es sollen nicht die Hotelbetreiber prämiert werden, die die meisten Mittel in Fake-Bewertungen investieren, sondern die, die Gäste zur vollen Zufriedenheit beherbergen.

Glücksspiel online: Branche ohne Zukunft?

Onlinespieler, die in Deutschland außerhalb von Schleswig-Holstein (fast Dänemark) mit Einsätzen bei Glücksspielen Geld verlieren, können dieses Geld zivilrechtlich zurück klagen. In der Regel stehen maltesische Gesellschaften hinter dem Onlineangebot, so dass man auch innerhalb der EU die Forderung geltend machen kann. Die Rechtsprechung wurde jetzt auch vom OLG München, Beschluss vom 20.09.2022, AZ 18 U 538/22, bestätigt.

In Italien ist das Online-Glücksspiel grundsätzlich erlaubt, soweit der Betreiber eine Lizenz der staatlichen Monopolbehörde vorweisen kann. Die Werbung für Glücksspiele wurde hingegen durch das „decreto dignità“ (Dekret der Menschenwürde, Gesetzesdekret Nr. 87/2018) verboten. Das zuständige Amt für die Überwachung des Kommunikationsbereichs (Agenzia per la garanzia nelle comunicazioni – Agcom) hat daher Google mit einer Buße von 750.000,00 Euro belegt, weil es nicht mit dem nötigen Nachdruck gegen Glücksspielangebote in der eigenen Suchmaschine vorgegangen ist. Ob die Höhe der Strafe abschreckend genug ist, bleibt abzuwarten.

Fluglinien haften für psychische Unfallfolgen

Der EuGH hat in einer Klage eines Passagiers gegen eine österreichische Luftfahrtgesellschaft eine verbraucherfreundliche Entscheidung getroffen.

Ein Passagier musste das Flugzeug durch einen Notausstieg verlassen und wurde durch den Abgasstrahl des Triebwerkes mehrere Meter durch die Luft geschleudert. Die Fluglinie war der Auffassung, dass sie nur für die Körperverletzungen im eigentlichen Sinne haften würde, nicht aber für die seelischen Beeinträchtigungen. Die Luxemburger Richter stellten demgegenüber fest, dass der nachgewiesene psychische Schaden dem physischen gleichgestellt werden muss zu ersetzen ist (Urteil v. 20.10.2022, C-111/21, zu Art. 17 I Montreal-Übereinkommen).

DIRITTI DEL CONSUMATORE

Recensioni sugli hotel: un fondo di verità

Un albergatore ha letto la recensione di un cliente su un portale di viaggi, nella quale si affermava che il suo hotel sprigionava "il fascino degli anni '60-'70" e che la "pizza al prosciutto, che costava 8,90 euro, era troppo cara in confronto alla sua qualità". Essendo preoccupato per la buona reputazione del suo hotel, ma soprattutto temendo anche una perdita di fatturato, l'albergatore ha convenuto in giudizio il portale per ottenere la cancellazione della recensione in questione. Il portale si è rifiutato di farlo, affermando di non dover dare seguito a ogni divergenza di opinioni. Ciò è teoricamente corretto; nel caso in questione, tuttavia, l'albergatore ha anche avuto la brillante idea di sostenere che il recensore non è mai stato cliente del suo hotel.

La Corte suprema federale tedesca ha dato ragione all'albergatore in ultimo grado (sentenza del 9/8/2022, VI ZR 1244/20), sostenendo che, se si ipotizza una chiara lesione di un diritto, il portale ha il dovere di procedere a un controllo. Nel caso di specie, avrebbe dovuto chiedere all'utente in questione la prova di essere stato effettivamente nell'hotel, cosa che non è successa.

A nostro giudizio, questo è uno dei rari casi in materia di tutela dei diritti dei consumatori in cui gli interessi del professionista e del consumatore coincidono ampiamente.

Gioco d'azzardo online: un settore senza futuro?

I giocatori d'azzardo online che hanno perso con puntate in giochi d'azzardo in Germania al di fuori dello Schleswig-Holstein (quasi in Danimarca) possono chiedere contro i gestori del sito la restituzione del denaro. Di norma, dietro l'offerta online ci sono società maltesi, pertanto è possibile far valere i propri diritti anche all'interno dell'UE. La giurisprudenza è stata ora confermata anche dalla Corte di Appello di Monaco di Baviera, decisione del 20/09/2022, R.G. n. 18 U 538/22.

In Italia, il gioco d'azzardo online è generalmente consentito a condizione che il gestore possa esibire una licenza rilasciata dal Monopolio di Stato. La pubblicità relativa al gioco d'azzardo è stata invece vietata dal "Decreto dignità" (D.L. 87/2018). L'Agenzia per le garanzie nelle comunicazioni (Agcom) ha quindi multato Google per un importo pari a 750.000,00 euro per non aver agito con il necessario vigore contro le offerte di gioco d'azzardo nel proprio motore di ricerca. Resta da vedere se l'importo della multa funga sufficientemente da deterrente.

Le compagnie aeree sono responsabili delle conseguenze psicologiche degli incidenti

La Corte di giustizia europea ha preso una decisione favorevole ai consumatori in un'azione legale promossa da un passeggero contro una compagnia aerea austriaca.

Un passeggero ha dovuto lasciare l'aereo passando per l'uscita di emergenza ed è stato scaraventato in aria per diversi metri dal getto di scarico del motore. La compagnia aerea riteneva di rispondere solo per lesioni fisiche in senso stretto, ma non dei danni psicologici. Secondo i giudici di Lussemburgo il danno psicologico provato invece deve essere trattato (e risarcito) alla stregua di quello fisico. (Art. 17, I Convenzione di Montreal, Sentenza del 20/10/2022, C-111/21).

INFORMAZIONI PER COLLEGHI

Notizie da un altro mondo:**Il procuratore di Potenza verifica l'inabilità al lavoro dell'avvocato**

Un avvocato di Potenza, che aveva già chiesto senza successo un rinvio dell'udienza, non si è presentato all'udienza e ha invece presentato un certificato medico. Il pubblico ministero sospettoso ha quindi avviato le indagini, ha sequestrato i dati del cellulare per verificare da dove il collega si fosse collegato il giorno dell'udienza, ha fatto redigere delle perizie grafologiche e ha accertato, tra l'altro, che il collega non aveva acquistato i farmaci necessari per la cura della malattia diagnosticata. Gli avvocati di Potenza hanno protestato contro l'eccesso di zelo della procura con uno sciopero di una settimana nell'aprile 2022. Tuttavia, le prove ottenute dalla procura sono state ritenute sufficienti per aprire un procedimento penale contro il collega e il medico che ha certificato la malattia (fonte: Il Fatto Quotidiano del 28 giugno 2022).

La notizia lascia di stucco l'avvocato e il procuratore tedesco. Una posizione così frontale è tutt'altro che comune in Germania, se non altro per la formazione comune che si traduce in un esame di stato uguale per tutti gli avvocati. In Italia, giudici, pubblici ministeri e avvocati prendono strade diverse dopo essersi laureati nella stessa università.

In questo contesto, occorre fare riferimento anche a una decisione della Corte di Cassazione del 2.8.2022 (numero 30566), che sottolinea il diritto dell'avvocato a un rinvio dell'udienza in caso di richiesta giustificata. Ciò vale anche - come nel caso deciso - se la sua assenza dall'udienza non avrebbe avuto alcun effetto sullo svolgimento del procedimento.

**Busto Arsizio, la città delle donne (avvocato)**

Secondo le statistiche della Cassa Forense, la nostra professione è più o meno equamente divisa tra i due sessi (47,7% di donne, 52,3% di uomini). Nelle grandi regioni del Nord Italia prevalgono le donne (Lombardia 52%). In testa c'è Busto Arsizio con il 61% di donne. Purtroppo i rapporti di reddito sono tutt'altro che equilibrati. Gli uomini guadagnano circa il doppio delle donne alla fine della loro vita professionale. (<https://www.cassaforense.it/media/10300/rapporto-sullavvocatura-2022.pdf>)

Nessuna sentenza di contumacia in caso di interruzione tecnica della video audizione

Nel diritto processuale tedesco, il tribunale può emettere immediatamente una sentenza di contumacia se una delle parti non si presenta. La disposizione dell'articolo 128 a del Codice di procedura civile (Video

Verhandlung), che è diventata in prassi maggioritaria con la pandemia, non contiene una norma esplicita per la rottura tecnica che può portare all'interruzione della linea con una delle parti. In questo caso, la Corte di Appello di Celle (ordinanza del 15 settembre 2022, AZ 24 W 3/32) ha stabilito per la prima volta che il giudice non può pronunciare facilmente una sentenza di contumacia. Una decisione molto rassicurante.

Italia: il 73,3% delle aziende incarica un avvocato

Secondo un'indagine dell'Organismo congressuale forense in collaborazione con la Confcommercio, conclusa il 4.10.2022, il 73,3% delle imprese dichiara di aver incaricato un avvocato; l'88,9% di questi mandati riguardava solo attività stragiudiziale.

Sarebbe interessante disporre di dati comparativi tedeschi in merito. È presumibile (e auspicabile) che le cifre in Germania siano più alte. Ciò potrebbe essere dovuto al fatto che in Italia il "commercialista" (che spesso viene tradotto in modo riduttivo in tedesco come consulente fiscale) fornisce consulenza di diritto societario e commerciale alle imprese (fonte: Italia Oggi del 07.10.2022).

Italia: aumento delle tariffe

Il 23.10.2022 è entrato in vigore in Italia un aumento delle tariffe (Decreto Ministeriale Ministero della Giustizia 147/2022). I colleghi italiani possono contare su un aumento medio generale degli onorari del 5%. La discrezionalità dei tribunali nel fissare gli onorari da rimborsare - un fenomeno sconosciuto in Germania - è stata limitata. Interessante è anche l'introduzione dell'accordo sulla tariffa oraria nella consulenza manageriale; in questo caso il legislatore prevede una tariffa quadro di 200 Euro/h - 500 Euro/h.

Limite degli onorari concordati in caso di vittoria

In questo contesto, è interessante una decisione della Corte di Cassazione su un compenso concordato per le spese di consulenza. Il massimo tribunale civile italiano ha stabilito il 5.10.2022 (28914/22) che un compenso per spese contingenti può essere effettivamente concordato solo se esiste un rapporto ragionevole tra il compenso e il lavoro dell'avvocato. L'oggetto della controversia era una richiesta di onorario in una causa di eredità pari al 30% del valore dell'intera eredità. L'art. 45 del Codice deontologico italiano vieta agli avvocati di richiedere onorari sproporzionati rispetto all'attività svolta.

Deposito in caso di guasto del BEA

In Germania, dal 1° gennaio 2022, la comunicazione tra gli studi legali e le autorità giudiziarie può avvenire solo tramite un software (BEA) che è soggetto a guasti. La Corte Suprema Federale (BGH) si è pronunciata per la prima volta su ciò che gli avvocati devono presentare in caso di interruzione del BEA per poter ricorrere alla lettera o al fax come eccezione: Non è sufficiente un riferimento generico al malfunzionamento; l'avvocato deve sforzarsi di fornire una descrizione comprensibile e coerente di quanto successo o delle circostanze effettive e fornire un'assicurazione dell'avvocato in merito - e questo senza indugio dopo la correzione del malfunzionamento (decisione del 21.09.2022 - XII ZB 264/22).

IMMOBILIENSEITE

Grundsteuerreform in Deutschland Fristverlängerung für die Abgabe der Erklärung

Die Finanzministerkonferenz, in der alle Finanzministerinnen und Finanzminister der Bundesländer vertreten sind, hat mit großer Mehrheit beschlossen, die Frist zur Abgabe der Erklärung zum Grundsteuermessbetrag bis zum 31. Januar 2023 zu verlängern. Sie sollte ursprünglich am 31. Oktober 2022 enden.

Weitere Informationen zur Grundsteuerreform finden Sie in unserem Artikel in dem Mandantenbrief 1/22.

Verkauf "im Ganzen" und Preisanpassung

Kassationsgerichtshof, Nr. 29363, 10.10.2022

In italienischen Kaufverträgen ist es allgemein üblich, einen Verkauf „im Ganzen“ zu vereinbaren. Dies bedeutet lediglich, dass die Immobilie zu einem Preis verkauft wurde, der im Ansehen der Immobilie pauschal und nicht in Bezug auf ihre genaue Größe bestimmt wurde. Beim Verkauf von Immobilien nach Maß hingegen wird der Preis auf der Grundlage der Abmessungen der Immobilie festgelegt, wobei für jeden Quadratmeter der Fläche ein Wert ermittelt wird.

Bei einem Kaufvertrag „im Ganzen“, der aber auch das Maß der verkauften Sache enthält, kommt bei einer quantitativen Abweichung von mehr als einem Zwanzigstel der Rechtsbehelf nach Artikel 1538 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Anwendung und löst damit das Recht des Käufers aus, eine Minderung der Gegenleistung zu verlangen. Dies hat der Kassationsgerichtshof in seiner Entscheidung Nr. 29363 festgestellt, indem er klarstellt, dass bei der Bestimmung des neuen Preises ein „korrektes“ pro-

portionales Kriterium angewandt werden muss, das dem Maß der Immobilie in etwa entspricht.

Der Makler ist verpflichtet, das Vorhandensein von Eintragungen und Lasten auf die Immobilie zu überprüfen

Kassationsgerichtshof, Nr. 28441, 30.9.2022

Der Kassationsgerichtshof hat klargestellt, dass der Makler verpflichtet ist, alle ihm bekannten und auf jeden Fall erkennbaren Informationen zu überprüfen, und dass er nicht einfach ungeprüfte Informationen weitergeben darf. Der Makler ist verpflichtet, nach Treu und Glauben zu handeln und den Parteien die Umstände des Geschäfts mitzuteilen, die ihm bekannt waren oder die er bei Anwendung der von ihm geforderten Sorgfalt hätte kennen müssen.

Die dritte Zivilkammer des Kassationsgerichtshofs hat so die Pflichten aufgelistet, die der professionelle Makler nach den im Zivilgesetzbuch und in der Rechtsprechung selbst verankerten Grundsätzen zu erfüllen hat

Im Falle der Nichterfüllung wird das Verschulden des Maklers vermutet, und es obliegt ihm, entweder das Nichtvorliegen der Nichterfüllung oder die Nichtzurechenbarkeit der Tatsache zu beweisen.

In einem Streitfall zwischen mehreren Käufern derselben Immobilie überwiegt die früher vorgenommene Umschreibung

Kassationsgerichtshof, Nr. 16356, 20.5.2022

Bei einem Streit zwischen mehreren Käufern desselben Grundstücks setzt sich derjenige durch, der zuerst eingetragen wurde.

Wenn nach einem ersten Kauf, der nicht eingetragen wurde (oder später eingetragen wurde), ein Dritter dieselbe Immobilie von demselben Verkäufer erwirbt und der Kaufvertrag rechtzeitig umgeschrieben wird, haben die nachfolgenden Übertragungen der Immobilie, die aus dem zuvor eingetragenen Kauf stammen und die ihrerseits ordnungsgemäß umgeschrieben wurden, Vorrang vor dem ersten nicht eingetragenen Kauf (oder später eingetragenen Kauf) und vor den weiteren Käufen etwaiger Nachfolger dieses letzten Käufers.

Der Vorvertrag ist auch dann gültig, wenn die Immobilie "per relationem" identifiziert wird.

Kassationsgerichtshof, Nr. 20099, 22.06.2022

Wenn die Parteien in einem Vorvertrag über einen Grundstückskauf lediglich die Angaben zu dem zu übertragenden Grundstück in einer Planimetrie angeben, der dem vereidigten Sachverständigen-gutachten beigefügt ist, ist der Vertrag ebenfalls gültig.

Der Oberste Gerichtshof erinnert daran, dass es für die Gültigkeit des betreffenden Vertrages neben der gesetzlich vorgeschriebenen Schriftform, ausreichend, dass sich die Vereinbarung der Parteien auf die wesentlichen Elemente des künftigen Vertrages bezieht, da das Eigentum auch durch Bezugnahme bestimmt werden kann. Es genügt, dass sich aus dem Schriftstück, auch durch Bezugnahme auf äußere Elemente, die jedoch eine eindeutige Identifizierung ermöglichen, ergibt, dass sich die Parteien auf eine bestimmte oder jedenfalls bestimmbare Sache beziehen wollten.

NEUES AUS EUROPA

Urlaub für alle

Der europäische Gerichtshof hat schon in der Vergangenheit das deutsche Urlaubsrecht in Verlegenheit gebracht. Das hat dazu geführt, dass in deutschen Individualarbeitsverträgen zwischen dem gesetzlichen Mindesturlaub von 24 Tagen und dem üblicherweise gewährten Mehrurlaub (in der Regel 4-6 Tage) unterschieden wird. Der gesetzliche Mindesturlaub unterliegt den Regeln des Europäischen Gerichtshofes und ist damit in gewisser Weise privilegiert.

Nach bisherigem deutschem Recht verfiel der Urlaubsanspruch eines Arbeitnehmers, wenn er nicht bis zum 31. März des Folgejahres in Anspruch genommen wurde. Der EuGH sah darin bereits eine Benachteiligung von langfristig erkrankten Arbeitnehmern, die damit unverschuldet ihren Urlaubsanspruch verlieren würden. Mit den Entscheidungen C-518/20 und C 120-21 vom 22.09.2022 geht der EuGH noch weiter: Damit der Urlaubsanspruch überhaupt verfallen könne, muss der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer zunächst auffordern, den Urlaub zu nehmen. Das wird sicher zu mehreren jour fixes in den deutschen HR-Abteilungen führen, an denen jeder Arbeitnehmer über seinen individuellen Urlaub-

sanspruch informiert werden wird, mit Aufforderung verbunden, diese noch bis zum Ablauf des Urlaubsjahres zu nehmen.

Kindergeld für alle

Der Europäische Gerichtshof (Urteil vom 01.08.2022 - C-411/20) hat entschieden, dass jeder Unionsbürger, auch wenn er wirtschaftlich nicht aktiv ist, das Recht auf Aufenthalt im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten hat, wobei er lediglich im Besitz eines gültigen Personalausweises oder Reisepasses sein muss und ansonsten keine weiteren Bedingungen zu erfüllen oder Formalitäten zu erledigen braucht. Die deutsche Praxis, EU-Bürger ohne Einkommen in Deutschland von dem Bezug auf Kindergeld auszuschließen, ist damit hinfällig (siehe auch BVerfG vom 28.06.2022, 2 BvL 9/14).

Arbeitnehmereigenschaft für Organmitglieder

Der EuGH ist als arbeitnehmerfreundlich bekannt, auch wenn die Kläger Chef-Etagen besetzen (siehe Entscheidung C-232/09 vom 11.11.2010, lettische Geschäftsführerin und Mutterschutz). Es hat mit Urteil

vom 05.05.2022 bestätigt, dass dem Organmitglied einer Gesellschaft (beispielsweise GmbH-Geschäftsführer oder amministratore delegato), der gleichzeitig auch Arbeitnehmerfunktionen ausübt (beispielsweise als leitender Angestellter oder dirigente), Arbeitnehmerschutzrechte nicht entzogen werden dürfen (C-101/21).

Europäischer Verein

Nach der EWIV und der SE ist hoffentlich bald mit einer weiteren europäischen Körperschaft zu rechnen, die keine wirtschaftlichen Ziele verfolgt und damit vielen grenzüberschreitenden gemeinnützigen Organisationen offen stehen würde: der europäische Verein.

Im Februar 2022 hat das europäische Parlament mit fraktionsübergreifender Mehrheit den „Bericht für ein Statut für länderübergreifende Europäische Vereine und Organisationen ohne Erwerbszweck“ verabschiedet; die Kommission hat bereits angekündigt, eine entsprechende Gesetzesinitiative zu erarbeiten, und eine öffentliche Konsultation gestartet (Quelle: Interview der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Abgeordneten Lagodinsky <https://www.boell.de/de/2022/09/13/es-ist-die-richtige-zeit-fuer-ein-europaeisches-vereinsrecht>).

PAGINA IMMOBILIARE

Riforma della imposta sugli immobili (Grundsteuer) in Germania

Prolungamento del termine di presentazione della dichiarazione

La Conferenza dei Ministri delle Finanze, in cui sono rappresentati tutti i Ministri delle Finanze degli Stati federali, ha deciso a larga maggioranza di prorogare il termine per la presentazione della dichiarazione con i dati per l'accertamento della Grundsteuer fino al 31 gennaio 2023. Inizialmente doveva terminare il 31 ottobre 2022.

Per ulteriori informazioni sulla riforma della Grundsteuer potete leggere il nostro articolo nella lettera ai clienti 1/22

Vendita "a corpo" e revisione del prezzo

Corte di Cassazione, sentenza 10 ottobre 2022, n. 29363

Nei contratti di compravendita italiani si è generalmente soliti effettuare la vendita "a corpo". Ciò significa semplicemente che il bene è stato venduto ad un prezzo che è stato stabilito considerando l'immobile nella sua globalità, e non determinato in relazione alla sua misura esatta. Nella vendita degli immobili a misura il prezzo viene invece stabilito sulla base delle misure del bene, stabilendo un valore per ogni metro quadrato della sua superficie.

In un contratto di compravendita "a corpo", che contiene peraltro anche la misura del bene compravenduto, in presenza di una divergenza quantitativa maggiore di un ventesimo si applica il rimedio previsto dall'articolo 1538, primo comma, c.c. e dunque scatta il diritto per l'acquirente di proporre una doman-

da di riduzione del corrispettivo. Lo ha stabilito la Corte di Cassazione, con la sentenza n. 29363, chiarendo che nella determinazione del nuovo prezzo si dovrà applicare un criterio proporzionale "corretto", che non corrisponde dunque alla misura esatta del bene.

Prevalenza della trascrizione fatta prima nella controversia tra più acquirenti dello stesso bene immobile

Cassazione civile, ordinanza 20 maggio 2022, n. 16356

Nella controversia tra più acquirenti dello stesso bene prevale chi ha trascritto per primo.

Nel caso in cui dopo un primo acquisto non trascritto (o trascritto più tardi), si abbia l'acquisto dello stesso bene da parte di un terzo dallo stesso venditore, con tempestiva trascrizione del suo titolo di acquisto, i successivi trasferimenti del bene derivati dall'acquisto trascritto anteriormente, a loro volta debitamente trascritti, prevalgono sull'acquisto non trascritto (o trascritto posteriormente) e sugli ulteriori acquisti degli eventuali aventi causa di tale ultimo acquirente.

Il mediatore ha l'obbligo di verificare l'esistenza di iscrizioni sull'immobile

Corte di Cassazione, ordinanza 30 settembre 2022, n. 28441

La Corte di Cassazione ha precisato che il mediatore ha l'obbligo di verificare tutte le informazioni a lui note e comunque conoscibili, specificando che esso non può limitarsi a trasmettere informazioni non verificate. L'agente ha l'obbligo di comportarsi con

correttezza e buona fede e di riferire alle parti le circostanze dell'affare a sua conoscenza, ovvero che avrebbe dovuto conoscere con l'uso della diligenza da lui esigibile.

La terza sezione civile della Corte di Cassazione ha elencato quelli che sono gli obblighi che il mediatore professionale è tenuto a rispettare secondo i principi sanciti dal codice civile e dalla stessa giurisprudenza che possono essere così sintetizzati:

In caso di inadempimento la colpa del mediatore è presunta ed incombe sul mediatore l'obbligo di provare o l'inesistenza dell'inadempimento o la non imputabilità del fatto a sé.

Il preliminare è valido anche se il bene è individuato "per relationem"

Corte di Cassazione, Ordinanza n.20099 del 22/06/2022

In un contratto preliminare di vendita immobiliare, se le parti si limitano ad indicare gli estremi del fondo da trasferire identificandolo in una planimetria allegata alla perizia giurata redatta dal geometra, l'accordo è ugualmente valido.

La Suprema Corte ricorda infatti che per la validità del contratto in esame, oltre alla forma scritta, obbligatoria ex legge, è sufficiente che l'accordo delle parti verta sugli elementi essenziali del futuro contratto, potendo il bene essere individuato anche per relationem. È sufficiente che dal documento risulti, anche attraverso il riferimento ad elementi esterni, ma idonei a consentirne l'identificazione in modo inequivoco, che le parti abbiano inteso fare riferimento ad un bene determinato o, comunque, determinabile.

ULTIME DALL'EUROPA

Ferie per tutti

La Corte di giustizia europea ha già messo in imbarazzo la normativa tedesca in materia di ferie in passato. Ciò ha portato a distinguere, nei contratti di lavoro individuali tedeschi, tra il periodo minimo annuale legale di ferie retribuite, pari a 24 giorni, e gli ulteriori giorni di ferie solitamente concessi (in genere 4-6 giorni). Il periodo minimo annuale legale di ferie retribuite è conforme alle disposizioni della Corte di giustizia europea ed è quindi in un certo senso privilegiato.

Secondo la normativa tedesca previgente, i giorni di ferie spettanti a un dipendente non potevano più essere fruiti se non venivano goduti entro il 31 marzo dell'anno successivo all'anno di maturazione. La Corte di giustizia europea aveva già ritenuto che ciò costituisse una discriminazione nei confronti dei dipendenti in malattia prolungata, che perderebbero così il diritto alla fruizione delle ferie senza alcuna colpa. Con le decisioni C-518/20 e C-120/21 del 22/09/2022, la Corte di Giustizia Europea si spinge ancora oltre: ai fini della decadenza delle ferie, il datore di lavoro deve prima chiedere al dipendente di fruire delle ferie maturate. Ciò comporterà sicuramente diversi jour fixe nei dipartimenti delle risorse umane tedeschi, in cui ciascun dipendente sarà

informato del suo diritto individuale alla fruizione delle ferie e sarà al contempo invitato a godere delle ferie entro la fine dell'anno di maturazione.

Assegni per i figli a carico per tutti i cittadini dell'UE in Germania

La Corte di giustizia europea (sentenza del 01/08/2022 - C-411/20) ha stabilito che ogni cittadino dell'UE, anche se economicamente inattivo, ha il diritto di soggiornare nel territorio di un altro Stato membro per un periodo massimo di tre mesi, semplicemente essendo in possesso di una carta d'identità o di un passaporto in corso di validità e senza dover soddisfare ulteriori condizioni o espletare alcuna formalità. Di conseguenza, non è valida la prassi tedesca di escludere dal beneficio degli assegni per i figli a carico i cittadini dell'UE che non percepiscono un reddito in Germania (cfr. anche la Corte costituzionale federale tedesca (BVerfG) del 28/06/2022, 2 BvL 9/14).

Status di dipendente per i membri degli organi sociali

La Corte di giustizia europea è notoriamente favorevole ai lavoratori, anche se gli attori ricoprono posizioni dirigenziali (si veda la decisione C-232/09

dell'11/11/2010, amministratore delegato lettone e tutela della maternità). Nella sentenza del 05/05/2022, la Corte ha confermato che un membro degli organi di una società (ad esempio l'amministratore delegato) che svolge contemporaneamente anche le funzioni proprie di un dipendente (ad esempio in qualità di dirigente) non può essere privato dei diritti di tutela previsti per i lavoratori (C-101/21).

Associazione Europea

Dopo il GEIE e la SE, si spera di poter contare presto su un'altra figura creata nell'ordinamento europeo che non persegue finalità economiche e che sarebbe quindi rivolta a molte organizzazioni transfrontaliere senza scopo di lucro: l'Associazione europea.

Nel febbraio 2022, il Parlamento europeo ha approvato con una maggioranza trasversale la "Relazione su uno Statuto delle associazioni e delle organizzazioni senza scopo di lucro transfrontaliere europee"; la Commissione ha già annunciato che predisporrà un'iniziativa legislativa in materia e ha avviato una consultazione pubblica (fonte: Intervista della Fondazione Heinrich Böll al deputato Lagodinsky, <https://www.boell.de/de/2022/09/13/es-ist-die-richtige-zeit-fuer-ein-europaisches-vereinsrecht>)

ARBEITSRECHT

Ende der Vertrauensarbeitszeit – Pflicht zur Arbeitszeiterfassung

Bis zu einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 13.9.2022 galt in Deutschland bis auf Ausnahmen generell das Prinzip der sogenannten Vertrauensarbeitszeit. Die Parteien vertrauten einfach darauf - soweit nicht anders vereinbart -, dass der Arbeitnehmer selbständig die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit ableisten würde. Eine generelle Erfassung der Arbeitszeit und der Pausen war nicht vorgeschrieben; nur die Überstunden sowie Sonn- und Feiertagsarbeit mussten gesetzlich dokumentiert werden.

Bereits im Mai 2019 hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass Unternehmen in der EU zukünftig alle Arbeitsstunden ihrer Mitarbeiter aufzeichnen müssen. Bislang hat der Gesetzgeber in Deutschland das Urteil jedoch noch nicht in nationales Recht überführt.

Das oberste deutsche Arbeitsgericht (1 ABR 22/21) legt nunmehr § 3 Abs. 2 Nr. 1 Arbeitsschutzgesetz so aus, dass es den Arbeitgeber verpflichtet, ein System einzuführen, mit dem die von den Arbeitnehmern geleistete Arbeitszeit erfasst werden kann. Dies gilt unabhängig davon, ob in einem Betrieb ein Betriebsrat gewählt wurde.

Die Entscheidung hat eine erhebliche Bedeutung überall dort, wo nicht mit Zeiterfassungssystemen gearbeitet wird. Es ist zu erwarten, dass Arbeitnehmer, die Überstundenvergütung geltend machen werden, sich nun auf diese Entscheidung berufen werden können und der Arbeitgeber in erheblicher Beweisnot gerät, wenn er ein solches System noch nicht eingeführt haben sollte.

Damit hat das BAG die Bedeutung einer seiner früheren Entscheidung vom 4.5.2022 (5 AZR 359/21) relativiert: Das BAG hatte hier festgestellt, dass auch bei einem Überstundenprozess die Darlegungs- und Beweislast grundsätzlich beim Arbeitnehmer verbleibt.

Arbeitnehmerbindung in einem schwierigen Arbeitsmarkt

Die Redaktion des Mandantenbriefes besteht ausschließlich aus Juristen. Hätten wir einen Volkswirt dabei, könnte er uns – und der Leserschaft – erläutern, warum in Krisenzeiten der Arbeitsmarkt dennoch leergefegt ist. In Deutschland und in Italien suchen die Unternehmen händeringend nach Fachpersonal.

In diesem Zusammenhang können wir einen Beitrag von Benkert, in NJW-Spezial, 2022/S. 562 empfehlen, „Mitarbeiterbindung durch goldene Fußfesseln“. Der Autor erläutert die arbeitsrechtliche Einordnung von Antrittsprämien, Bonuszahlungen, Retention Bonus und Rückzahlungsklauseln bei vorzeitigem Ausscheiden. Wir können diesbezüglich unsere Beratungen anbieten.

Krankheit und Motorrad

Wie der Mandantenbrief wiederholt berichtet hat, sind die Regeln zu dem Verhalten von Arbeitnehmern während ihrer krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit in Italien wesentlich strenger als in Deutschland. Der Kassationshof hat mit Beschluss vom 7. Oktober 2022 (29280/22) die fristlose Kündigung eines bei

der Müllabfuhr tätigen Arbeitnehmers für rechtmäßig gehalten, der während seiner Arbeitsunfähigkeit auf einem großen Motorrad (500 cm³, 230 Kilo Gewicht) auf dem Weg zum Meer erwischt wurde. Die italienischen Richter waren der Auffassung, dass eine schwere Vertrauensverletzung vorgelegen habe und der Heilungsprozess gefährdet worden sei. Ein deutsches Gericht hätte hier wohl in der Abwägung die heilende Wirkung der Seeluft berücksichtigt, sofern der Arbeitnehmer nicht bettlägrig erkrankt war.

Deutschland: Neues zum befristeten Arbeitsvertrag

Nach der am 01.08.2022 in Kraft getretenen Fassung des § 15 Abs. 3 Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) muss eine vereinbarte Probezeit ab dem 1. August 2022 „im Verhältnis“ zu der Dauer der Befristung des Arbeitsverhältnisses und der Art der Tätigkeit stehen.

Leider enthalten weder das Gesetz noch die Gesetzesbegründung Vorgaben oder Maßstäbe dazu. Entsprechende Orientierungspunkte werden durch die Rechtsprechung noch definiert werden müssen. Jedenfalls wird man bereits jetzt festhalten können, dass die pauschale Ausschöpfung der vollen möglichen sechs Monate bei Befristungen unverhältnismäßig und daher unwirksam sein wird. Es besteht also auch hier Handlungsbedarf, da eine unwirksame Probezeit direkt zu einer längeren Kündigungsfrist führt.

Eine „verhältnismäßige“ Probezeit nach der Dauer der Befristung dürfte nach vorläufiger Einschätzung ca. 1/4 bis 1/3 der vereinbarten Laufzeit sein, so dass sich folgende Staffelung ergibt:

Dauer der Befristung	Länge der Probezeit (bei 1/3-Ansatz)
3 Monate	1 Monat
6 Monate	2 Monate
9 Monate	3 Monate
12 Monate (und mehr)	4 Monate

Ab einer Befristungsdauer von 12 Monaten wird angeraten, die Länge der Probezeit bei vier Monaten zu belassen, da 6 Monate generell wohl nur noch bei unbefristeten Arbeitsverhältnissen möglich ist.

Das neue Nachweisgesetz

Der Mandantenbrief hat das neue Gesetz, das am 1.8.2022 in Kraft getreten ist, bereits angekündigt. In Deutschland müssen dem Arbeitnehmer alle wesentlichen Inhalte des Arbeitsvertrages (unter anderem Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit) schriftlich bestätigt werden. Erfolgt dies im Arbeitsvertrag, ist es natürlich ausreichend. Arbeitsverträge, die demgegenüber wesentliche Details des Arbeitsverhältnisses (noch) nicht enthalten, müssen nicht neu geschrieben werden: Es reicht aus, wenn ein zusätzliches Dokument ausgestellt wird. Eine deutsche Besonderheit liegt darin, dass digitale Textformen nicht zugelassen werden und die Urkunde tatsächlich im Original unterschrieben werden muss.

Sollten sich wesentlich Arbeitsbedingungen im Laufe des Arbeitsverhältnisses ändern, beispielsweise die Arbeitszeit, muss der Arbeitgeber dies jedes Mal in Schriftform dem Arbeitnehmer mitteilen.

STEUERRECHT

Keine Vermutung der Steuerpflicht unter der 183-Tage-Regel

Der Mandantenbrief hat wiederholt über die großzügigen Angebote des italienischen Staates berichtet für „Heimkehrer“, die ihren Wohnsitz nach mehrjähriger Tätigkeit im Ausland wieder in Italien nehmen. Dennoch kann im Einzelfall, bei längeren Aufenthalten in Italien, auch ein Risiko bestehen, dass das italienische Finanzamt von sich aus ein Besteuerungsrecht annimmt.

Die Commissione Tributaria Regionale Emilia Romagna (im etwa der Oberfinanzdirektion vergleichbar) hat in einer Entscheidung Nr. 941/2022 einem Einspruch eines Lehrers mit Wohnsitz in San Marino stattgegeben, der aufgrund seiner Unterrichtstätigkeit in Italien (18 Stunden die Woche) zunächst als steuerpflichtig angesehen wurde. Der Widerspruchsführer konnte aber überzeugend darlegen, dass er effektiv über 183 Tage im Jahr in San Marino wohnte, wo er auch eine entsprechende Wohnung und Bindung an den Ort nachweisen konnte.

Deutschen Steuerpflichtigen, die sich regelmäßig in Italien aufhalten und das Risiko einer italienischen Besteuerung vermeiden möchten, wird angeraten, die Grenzübergänge und die tatsächlichen Aufenthalte in Italien zu dokumentieren. Sollten aber die Voraussetzungen für eines der italienischen Förderprogramme erfüllt sein, kann sich die Verlegung des Wohnsitzes nach Italien durchaus lohnen.

Steuerfahnder vor der Wohnungstür

Unangekündigte Besuche der Finanzverwaltung kommen in Italien wesentlich häufiger vor als in Deutschland. Aber auch nördlich der Alpen kann ein Steuerfahnder plötzlich in der Wohnung stehen, wenn ein Steuerpflichtiger ein häusliches Arbeitszimmer angibt, dass etwa als Spielzimmer für Kinder genutzt wird. War der Steuerpflichtige aber gegenüber dem Finanzamt nicht renitent und hat sämtliche Fragen wahrheitsgemäß beantwortet, ist nach Auffassung des Bundesfinanzhofes (Urteil vom 12.7.2022, VIII R 8/19) der Wohnungsbesuch des Steuerfahnders wegen Verstoßes gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes rechtswidrig.



NEUES AUS DOLCE · LAUDA

Stefano Dangel ist zum Lehrbeauftragten der Universität Köln ernannt worden.

Marilena Bacci hat erfolgreich an dem von der Ascheri Academy organisierten Masterstudiengang „Environmental Law and Circular Economy“ als Teil ihrer Weiterbildung im Bereich der unternehmerischen Nachhaltigkeit in Italien und des Lieferkettengesetzes teilgenommen.

DIRITTO TRIBUTARIO**Nessuna presunzione di responsabilità fiscale in base alla regola dei 183 giorni**

La "lettera ai clienti" ha più volte riferito delle generose offerte fatte dallo Stato italiano ai "rimpatriati" che riprendono la residenza in Italia dopo aver lavorato all'estero per alcuni anni. Tuttavia, nel caso di soggiorni lunghi in Italia, può sussistere anche il rischio che l'ufficio delle imposte italiano assuma di propria iniziativa il potere impositivo.

Con la sentenza n. 941/2022, la Commissione Tributaria Regionale dell'Emilia-Romagna ha accolto il ricorso di un insegnante residente a San Marino che, in un primo momento, era stato considerato assoggettabile ad imposizione fiscale in Italia e a causa della sua attività di insegnamento in Italia (18 ore settimanali). Tuttavia, il ricorrente è stato in grado di dimostrare in modo convincente di aver risieduto effettivamente a San Marino per più di 183 giorni all'anno, riuscendo a provare la sussistenza di un'abitazione e di uno specifico legame al luogo.

Ai contribuenti tedeschi che soggiornano regolarmente in Italia e che desiderano evitare il rischio di tassazione italiana, si consiglia di documentare i passaggi di frontiera e gli effettivi soggiorni in Italia. Tuttavia, se si soddisfano i requisiti per uno dei programmi di incentivazione italiani, può valere la pena di trasferire la propria residenza in Italia.

Visita inaspettata della guardia di finanza

Le visite a sorpresa delle autorità fiscali sono molto più frequenti in Italia che in Germania. Ma anche a nord delle Alpi, un finanziere può presentarsi all'improvviso a casa di un contribuente se questi dichiara di avere un ufficio in casa che viene utilizzato come sala giochi per i bambini. Tuttavia, qualora il contribuente non sia stato renitente nei confronti dell'ufficio delle imposte ed abbia risposto a tutte le domande in modo veritiero, la Corte tributale federale (con sentenza del 12 luglio 2022, VIII R 8/19) ritiene che la visita a domicilio dell'ispettore fiscale sia illegittima per la violazione del principio di proporzionalità.

ULTIME DA DOLCE · LAUDA

Stefano Dangel è stato nominato docente all'Università di Colonia.

Marilena Bacci ha partecipato con successo al Master "Diritto dell'Ambiente e dell'Economia Circolare" organizzato da Ascheri Academy, seguito nell'ambito della sua formazione continua nel settore della sostenibilità aziendale e supply chain.

Domiciliazioni e ricerca personale bilingue

Tel.: 0049 · 69 · 1310666
info@dlwfrankfurt.de

DIRITTO DEL LAVORO**Fine dell'orario di lavoro basato sulla fiducia - obbligo di registrazione dell'orario di lavoro**

Fino alla decisione del Tribunale federale del lavoro (Corte Federale del Lavoro del 13 settembre 2022, 1 ABR 22/21), il principio del cosiddetto orario di lavoro fiduciario era generalmente applicato in Germania, con alcune eccezioni. Le parti hanno semplicemente fatto affidamento - salvo accordi diversi - sul fatto che il dipendente avrebbe completato autonomamente l'orario di lavoro concordato contrattualmente. Non era prescritta una registrazione generale dell'orario di lavoro e delle pause; solo gli straordinari e il lavoro domenicale e festivo dovevano essere documentati per legge.

Già nel maggio 2019 la Corte di giustizia europea ha stabilito che in futuro le aziende dell'UE dovranno registrare tutte le ore di lavoro dei propri dipendenti. Finora, tuttavia, il legislatore tedesco non ha ancora recepito la sentenza nella legislazione nazionale.

La Corte Suprema del Lavoro tedesca interpreta ora l'art. 3, comma 2 nr.1 della legge sulla tutela del lavoro come un obbligo per i datori di lavoro di introdurre un sistema di registrazione delle ore di lavoro dei dipendenti. Questo vale indipendentemente dal fatto che in un'azienda sia stata eletta una commissione interna.

La decisione ha una notevole importanza nei casi in cui non vengono utilizzati sistemi di registrazione del tempo. È prevedibile che i dipendenti che chiederanno il pagamento degli straordinari potranno ora fare affidamento su questa decisione e che il datore di lavoro avrà una notevole esigenza di prove se non ha ancora introdotto tale sistema.

Il BAG ha così relativizzato il significato di una delle sue precedenti decisioni del 4 maggio 2022 (5 AZR 359/21): In questo caso, il BAG aveva affermato che anche in un caso di lavoro straordinario, l'onere della presentazione e della prova rimane generalmente a carico del dipendente.

Coinvolgimento dei dipendenti in un mercato del lavoro difficile

La redazione della Lettera ai Clienti è composta esclusivamente da avvocati. Se avessimo con noi un economista, potrebbe spiegarci - e spiegare ai lettori - perché il mercato del lavoro è comunque vuoto in tempi di crisi. In Germania e in Italia, le aziende sono alla disperata ricerca di lavoratori qualificati.

In questo contesto, possiamo raccomandare un articolo di Benkert, in NJW-Spezial, 2022/S. 562, "Mitarbeiterbindung durch goldene Fußfesseln". L'autore spiega la classificazione nel diritto del lavoro dei premi inaugurali, dei bonus, dei retention bonus e delle clausole di rimborso in caso di risoluzione anticipata. Possiamo offrire la nostra consulenza a questo proposito.

Malattia e moto

Come la Lettera del cliente ha ripetutamente segnalato, le norme sul comportamento dei lavoratori durante l'assenza dal lavoro per malattia sono molto più severe in Italia che in Germania. In una decisione del 7 ottobre 2022 (29280/22), la Corte di Cassazione ha ritenuto legittimo il licenziamento sommario di un lavoratore impiegato nella raccolta dei rifiuti, sorpre-

so in sella a una moto di grossa cilindrata (500 cc, per un peso di 230 chili) mentre si recava al mare durante la sua assenza per malattia. I giudici italiani hanno ritenuto che ci fosse stata una grave violazione della fiducia e che il processo di guarigione fosse stato compromesso. Un tribunale tedesco avrebbe tenuto conto dell'effetto curativo dell'aria di mare, a meno che il dipendente non fosse costretto a letto.

Germania: novità sui contratti di lavoro a tempo determinato

Secondo la versione dell'art. 15 comma 3 della legge sul lavoro a tempo parziale e a tempo determinato (TzBfG) entrata in vigore il 1° agosto 2022, un periodo di prova concordato a partire dal 1° agosto 2022 deve essere "proporzionato" alla durata del rapporto di lavoro a tempo determinato e alla natura del lavoro.

Purtroppo, né la legge né il memorandum esplicativo contengono specifiche o parametri di riferimento a questo proposito. I punti di riferimento corrispondenti dovranno ancora essere definiti dalla giurisprudenza. In ogni caso, si può già affermare che l'utilizzo generalizzato di tutti i sei mesi possibili per i contratti a tempo determinato sarà ritenuto sproporzionato e quindi inefficace. Anche in questo caso è necessario intervenire, in quanto un periodo di prova "sproporzionato" non sarà valido, per cui si applicherà direttamente il lungo periodo di preavviso.

Un periodo di prova "proporzionato" alla durata del contratto a tempo determinato dovrebbe essere, secondo una valutazione preliminare, pari a circa 1/4 - 1/3 del periodo concordato, in modo da ottenere la seguente proporzione:

Durata del contratto	Durata del periodo di prova (criterio 1/3)
3 mesi	1 mese
6 mesi	2 mesi
9 mesi	3 mesi
12 mesi (e oltre)	4 mesi

Per i contratti a tempo determinato di 12 o più mesi, è consigliabile lasciare il periodo di prova a quattro mesi, poiché 6 mesi sono generalmente possibili solo per i contratti a tempo indeterminato.

La nuova legge sulla attestazione

La Lettera ai clienti ha già annunciato la nuova legge, entrata in vigore il 1° agosto 2022. In Germania, tutti i contenuti essenziali del contratto di lavoro (compresi l'inizio e la fine dell'orario di lavoro giornaliero) devono essere confermati al dipendente per iscritto. Se ciò avviene nel contratto di lavoro, è ovviamente sufficiente. Al contrario, i contratti di lavoro che non contengono (ancora) i dettagli essenziali del rapporto di lavoro non devono essere riscritti: è sufficiente che venga rilasciato un documento aggiuntivo. Una particolarità tedesca è che non sono ammesse forme di testo digitali e il documento deve essere effettivamente firmato in originale.

Se nel corso del rapporto di lavoro si verificano cambiamenti significativi delle condizioni di lavoro, ad esempio l'orario di lavoro, il datore di lavoro deve informare il lavoratore ogni volta per iscritto.

ERBRECHT

70 Jahre Erbrechtsstreit und noch kein Ende

Die Langsamkeit der italienischen Justiz war wiederholt Thema des Mandantenbriefes; dass Rechtsstreite sich über zehn Jahre hinziehen, ist keine Seltenheit. Der folgende Fall ist es aber doch:

Der Erblasser starb 1952 und hinterließ zehn Kinder, unter anderem die Klägerin, die ein Stück Land erben sollte. Obwohl sie mittlerweile 18 nicht rechtskräftige Entscheidungen zu ihren Gunsten einsammeln konnte, ist ihr nach wie vor der Zugang zu ihrem Erbe verwehrt. Das Landgericht Crotona hatte 2005 (bereits..) über die Aufteilung entschieden, nach 14-jähriger Verfahrensdauer hat dann auch das Oberlandesgericht Catanzaro die erstinstanzliche Entscheidung bestätigt; der Kassationshof hat aber mit Entscheidung 21.10.2021 die Sache wieder an das Oberlandesgericht verwiesen. Die bislang aufgewendeten Kosten des Rechtsstreites würden nicht nur ihren Erbanteil, sondern den Wert der gesamten Erbschaft deutlich übersteigen. Die beim Erbfall 14-jährige Klägerin ist heute 87 Jahre alt. (Quelle: Il Dubbio vom 01.09.2022).

Goethe berichtete von ähnlichen Fällen aus seiner Zeit als Referendar beim Reichskammergericht.



EuGH: Formerfordernisse bei der Erklärung des Erbverzichts in einem anderen Mitgliedsstaat

Häufig bittet man uns rechtlichen Beistand, um rechtswirksam eine Erbschaft auszuschlagen. Wenn die Person, die ausschlagen möchte, in einem anderen Staat als dem des letzten gewöhnlichen Aufenthalts des Erblassers ansässig ist, ist nur das Recht des Erblassers - sofern in einer letztwilligen Verfügung keine andere Rechtswahl getroffen wurde - für die Erbfolge maßgeblich; also keine einfache Angelegenheit.

So gibt es beispielsweise zwischen dem italienischen und dem deutschen Recht erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Bedingungen und Kosten des Verzichts sowie der zu beachtenden Formalitäten.

In einer Rechtssache, die die Erteilung eines Erbscheins im Erbfall eines niederländischen Staatsangehörigen mit letztem gewöhnlichem Aufenthalt in Bremen zum Inhalt hatte, hatte der Europäische Gerichtshof über ein Vorabentscheidungsersuchen des Bremer Oberlandesgerichts zur Auslegung von Art. 13 der Europäischen Erbrechtsverordnung zu entscheiden. Es hatte zu entscheiden, ob der Erbverzicht, der in den Niederlanden von den dort wohnenden Enkeln des Erblassers vor dem Amtsgericht nach den formellen und materiellen Erfordernissen des niederländischen Rechts erklärt worden war, für die Zwecke des für den Erbfall maßgeblichen deutschen Rechts auch dann als wirksam anzusehen ist, wenn die Originale der Verzichtserklärungen erst nach Ablauf der zwingenden Frist des BGB (sechs Monate bei gewöhnlichem Aufenthalt des Erblassers

im Ausland oder bei Aufenthalt des Erben im Ausland - § 1944 Abs. 3 BGB) bei dem deutschen Gericht eingehen.

Der Europäische Gerichtshof (Urteil vom 2. Juni 2022, Rechtssache C-617/20) hat sich für eine weite Auslegung von Artikel 13 in Verbindung mit Artikel 28 der Verordnung entschieden und damit die Gültigkeit des in den Niederlanden erklärten Verzichts ohne weitere Anforderungen auf der Grundlage des auf den Erbfall anwendbaren Rechts, in unserem Fall des deutschen Rechts, bestätigt.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verzichtserklärung in Deutschland bei der Geschäftsstelle des Amtsgerichts ohne Kosten oder mit einer Erklärung vor einem deutschen Notar abgegeben werden kann, der eine sehr geringe Gebühr für die Beglaubigung der Unterschrift verlangt; in Italien wird demgegenüber die Verzichtserklärung - die in das Erbschaftsregister eingetragen werden muss - mit einer Eintragungssteuer belegt. Zudem ist die Befassung des Notars bei der Errichtung einer öffentlichen Urkunde mit weiteren Kosten verbunden. AC

Ordre public zum Schutz des Pflichtteils

Der Bundesgerichtshof (BGH, Urteil vom 29.06.22 - IV ZR 110/21) hat die Unanwendbarkeit ausländischen Erbrechts (im Falle des englischen Rechts) wegen Verstoßes gegen das deutsche Ordre Public bestätigt, soweit es keinen Schutz der Kinder durch eine von der Bedürftigkeitsprüfung unabhängige Gewährung eines Pflichtteils vorsieht. Die Entscheidung betrifft Fälle, die einen hinreichenden Bezug zu Deutschland aufweisen. AC

VERTRIEBSRECHT

Ex Works-Klausel unbeachtlich für Gerichtsstand

Nach dem Urteil der Vereinigten Senate des Kassationshofes vom 28.06.22 (20633/22) ist die Vereinbarung einer Ex-Works Klausel für die Begründung des Gerichtsstandes des Erfüllungsorts unbeachtlich. Der Verkäufer hatte in Italien geklagt und der englische Abnehmer konnte mit Erfolg die internationale Zuständigkeit rügen. Im konkreten Fall war die Ex-Works Klausel noch nicht mal wirksam vereinbart worden, sondern lediglich in der Rechnung enthalten; dies sei jedoch nach Auffassung der Kassationsrichter nicht entscheidend, auch im Falle einer wirksamen Vereinbarung sei ein Erfüllungsort am Ort des Verkäufers im Sinne der EUGVO nicht begründet.

In diesem Zusammenhang wird auf eine sehr aktuelle Entscheidung des Kassationsgerichtshofs vom 10.11.2022 (Beschluss Nr. 33246/22) verwiesen. Ein italienisches Unternehmen, das Weinflaschen in Polen verkauft und geliefert hatte, berief sich auf die vereinbarte EX-Works-Klausel, um in Italien zu klagen. Da sich die Klausel jedoch nur auf die wirtschaftlichen Bedingungen bezog, sah der Kassationsgerichtshof darin keine ausreichende Abweichung von der allgemeinen polnischen Gerichtsbarkeit. Die Klausel hätte sich nicht auf die wirtschaftlichen Bedingungen der Lieferung beschrän-

ken dürfen, sondern hätte ausdrücklich den Ort der Lieferung angeben müssen.

Italienisches Handelsvertreterrecht: Auf Ausgleichsanspruch und Provisionsansprüche sind die Verzugszinsen gemäß der gesetzlichen Verordnung Nr. 231/2002 unmittelbar anwendbar

Der Kassationshof hat in seinem Beschluss Nr. 10528 vom 31.03.2022 bestätigt, dass die einem Handelsvertreter zustehenden Provisionen und Abfindungen dem erhöhten Zinssatz unterliegen, der für Handelsgeschäfte gemäß der Gesetzesverordnung Nr. 231/2002 vorgesehen ist. Für den Obersten Gerichtshof ist es klar, dass auch der Handelsvertretervertrag unter den Begriff der Handelsgeschäfte, die den Bestimmungen des genannten Gesetzesdekrets unterworfen sind, fällt. Diese Verzugszinsen werden unabhängig von einer vorherigen Inverzugsetzung fällig.

Kündigung des Handelsvertretervertrages aus wichtigem Grund bei Nichterreichen der Verkaufsziele

Das Tribunale di Roma (Arbeitsabteilung, Urteil Nr. 5995 vom 23.6.2022) hat mit seiner Entscheidung vom 23.6.2022 die Kündigung eines Handelsvertre-

tervertrages aufgrund einer Klausel, die eine Kündigung „aus wichtigem Grund“ („giusta causa“) im Falle der Nichterreichung eines vorgegebenen Verkaufsziels vorsah, für rechtswidrig erklärt. Nach Ansicht des Gerichts kann der Begriff des wichtigen Grundes nicht allein von den Parteien definiert werden, da diese sonst den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestschutz aushöhlen könnten.

Das bloße Unterschreiten einer vorgegebenen Mindestschwelle rechtfertigt daher keine Kündigung aus wichtigem Grund. Vielmehr ist im Einzelfall zu prüfen, ob tatsächlich ein dem Handelsvertreter zurechenbarer Verstoß anzunehmen ist. Im vorliegenden Fall hatte der betreffende Handelsvertreter vor Gericht nachgewiesen, dass seine Leistung von dem Unternehmen geschätzt wurde, wenngleich sie sich unter dem vorgegebenen Schwellenwert befand. In der Tat hatte das Unternehmen den Handelsvertreter als eine der besten Ressourcen des gesamten Vertriebsnetzes ausgezeichnet.

Mit dieser Entscheidung hält das Gericht an der inzwischen mehrheitlichen Rechtsprechung fest, die das Vorliegen eines wichtigen Grundes und insbesondere das Vorliegen eines schuldhaften Verstoßes durch den Handelsvertreter weiterhin für unabdingbar hält.

DIRITTO DELLE SUCCESSIONI

70 Anni di controversia ereditaria e nessuna fine in vista

La lentezza del sistema giudiziario italiano è stata più volte oggetto della Lettera ai Clienti; non è raro che le controversie legali si trascino per più di dieci anni. Il caso seguente, tuttavia, lo è.

Il testatore morì nel 1952, lasciando dieci figli, tra cui la ricorrente, che doveva ereditare un terreno. Nonostante sia riuscita a ottenere 18 decisioni senza forza di giudicato a suo favore, le viene ancora negato l'accesso alla sua eredità. Il Tribunale di Crotone si era (già) pronunciato sulla divisione nel 2005; dopo 14 anni di procedimento, anche la Corte d'Appello di Catanzaro ha confermato la decisione di primo grado; tuttavia, la Corte di Cassazione ha rinviato la causa alla Corte d'Appello con decisione del 21.10.2021. I costi della controversia legale sostenuti finora non solo supererebbero la sua quota di eredità, ma anche l'intera eredità. L'attrice, che aveva 14 anni al momento dell'apertura della successione, ha oggi 87 anni. (Fonte: Il Dubbio del 01.09.2022).

Goethe riferì casi simili durante il suo periodo quale praticante avvocato presso il Tribunale Supremo dell'Impero (Reichskammergericht).

CGCE su requisiti formali della dichiarazione di rinuncia all'eredità in altro Stato

Più spesso di quanto si possa immaginare veniamo confrontati con la richiesta di assistenza per la rinuncia ad un'eredità, una questione particolarmente delicata quando il chiamato che intende rinunciare è residente in uno Stato diverso rispetto a quello di ultima residenza abituale del de cuius, il cui diritto -

salvo una scelta di legge diversa in una disposizione di ultima volontà - regola la successione.

Per esempio, tra il diritto italiano e il diritto tedesco vi sono delle differenze molto rilevanti, in merito ai termini e costi di rinuncia, ed anche riguardo agli adempimenti da seguire.

In un procedimento per l'emissione di un certificato ereditario nella successione di un cittadino olandese con ultima residenza abituale a Brema, la Corte Europea di Giustizia è stata chiamata a decidere in merito ad un rinvio pregiudiziale della corte d'appello di Brema sull'interpretazione dell'articolo 13 del regolamento europeo sulle successioni, necessario per valutare se la rinuncia all'eredità, che era stata espressa nei Paesi Bassi dai nipoti del de cuius, ivi residenti, innanzi autorità giudiziaria locale, in aderenza ai requisiti formali e sostanziali del diritto olandese, dovesse essere considerata valida ai fini del diritto tedesco, che regolava la successione, anche se gli originali delle dichiarazioni di rinuncia erano pervenuti al giudice tedesco oltre il termine tassativo previsto dal BGB (sei mesi in caso di residenza abituale all'estero del de cuius o se l'erede si trovava all'estero - § 1944 comma 3 BGB - c.c. tedesco).

La Corte Europea di Giustizia (sentenza 2 giugno 2022, causa C-617/20) ha adottato l'interpretazione più favorevole all'effetto utile dell'articolo 13 in combinato disposto con l'articolo 28 del regolamento, e quindi ribadita la validità della rinuncia effettuata in Olanda, senza che possano essere richiesti ulteriori requisiti sulla base della legge applicabile alla successione, nel nostro caso della legge tedesca.

Ricordiamo che l'atto di rinuncia in Germania può essere formalizzato presso la cancelleria della pretura senza incorrere in costi, o con dichiarazione dinanzi ad un notaio tedesco che per l'autentica della firma richiede delle competenze molto modeste. In Italia l'atto di rinuncia - che deve essere inserito nel registro delle successioni, è sottoposto all'imposta di registro e se viene stipulato da un notaio, viene redatto come atto pubblico, con aggravio di spese.AC

Ordine public tedesco a tutela della legittima

La corte federale di giustizia tedesca (BGH, Sentenza 29.06.22 - IV ZR 110/21) ha confermato inapplicabilità del diritto delle successioni estero (nel caso quello inglese) per violazione dell'ordine pubblico tedesco, in quanto non preveda una tutela ai figli tramite la previsione di una quota di legittima, indipendente da una valutazione del loro stato di bisogno. La decisione riguarda le fattispecie con una sufficientemente rilevante connessione alla Germania. AC



DISTRIBUZIONE

Regolamento Bruxelles I-bis: irrilevanza delle clausole ex-works ai fini della giurisdizione

La Corte di Cassazione, con pronuncia a sezioni unite, ha chiarito in data 24/5/2022 (sentenza n. 83521/2020) che la pattuizione di una clausola ex-works è irrilevante ai fini della competenza internazionale. Un venditore italiano ha fatto causa per il pagamento in Italia e l'acquirente inglese è riuscito a far valere il difetto di giurisdizione internazionale. Sebbene nel caso specifico la clausola fosse stata inserita solo nella fattura e quindi non fosse stata validamente concordata, la Corte ha chiarito che anche qualora la clausola EXW fosse stata validamente concordata, non sarebbe un requisito sufficiente, cioè ai fini di determinare il luogo di esecuzione rilevante per la giurisdizione ai sensi dell'art. 7 del Regolamento UE n. 1215/2012.

In tale contesto, è opportuno fare riferimento ad una recentissima decisione della Corte di Cassazione del 10/11/2022 (ordinanza n. 33246/22). Nel caso deciso, un'impresa italiana che aveva venduto e consegnato bottiglie di vino in Polonia, aveva invocato la clausola concordata EX-Works per poter agire in giudizio in Italia. Tuttavia, poiché la clausola si riferiva solo alle condizioni economiche, la Corte di Cassazione non

l'ha considerata una deroga sufficiente alla giurisdizione generale polacca. La clausola non avrebbe dovuto limitarsi alle condizioni economiche della fornitura, ma avrebbe dovuto indicare esplicitamente il luogo di consegna.

Indennità di fine rapporto e provvigioni dell'agente di commercio: sono dovuti automaticamente gli interessi moratori ex D.lgs n. 231/2002

La Corte di Cassazione, con ordinanza del 31/03/2022 n.10528, ha confermato che alle provvigioni e all'indennità di fine rapporto dovute all'agente di commercio va applicato il tasso maggiorato d'interesse previsto per le transazioni commerciali ai sensi del D.lgs n. 231/2002. Per la Cassazione è evidente che anche il contratto di agenzia rientra nella nozione di transazione commerciale suscettibile di cui alla disciplina del citato decreto legislativo. Tali interessi di mora sono dovuti a prescindere da una previa messa in mora.

Agente di commercio: recesso per giusta causa in caso di mancato raggiungimento dell'obiettivo di vendita

Con sentenza del 23.6.2022 il Tribunale di Roma

(Sezione Lavoro, sentenza n.5995 del 23.6.2022) ha dichiarato illegittimo il recesso del preponente da un contratto di agenzia contenente una clausola che prevedeva il recesso "per giusta causa" come conseguenza del mancato raggiungimento dell'obiettivo minimo di vendita. Secondo il tribunale, la nozione di giusta causa non può essere interamente definita dalle parti, poiché in tal caso andrebbero ad intaccare le tutele normative minime imposte dalla legge.

Il solo mancato raggiungimento di una soglia minima, dunque, non giustifica il recesso per giusta causa. Anzi, è necessario esaminare in ogni singolo caso se effettivamente vi sia un inadempimento imputabile all'agente. Nella fattispecie l'agente in questione aveva dimostrato in giudizio che le proprie prestazioni erano state apprezzate da parte dell'azienda, nonostante si trovasse sotto la soglia prestabilita. L'azienda, difatti, l'aveva indicato come una tra le migliori risorse dell'intera rete di vendita.

Con questa decisione, il tribunale si attiene alla giurisprudenza ormai maggioritaria che non prescinde dalla sussistenza di una giusta causa ed in particolare dalla sussistenza o meno di un colpevole inadempimento da parte dell'agente.

GESELLSCHAFTSRECHT

GmbH: Onlinegründungen in Deutschland zulässig

Um in Deutschland eine GmbH zu gründen, ist der Gang zum Notar nicht mehr erforderlich. Seit dem 1.8.2022 sind Onlinegründungen möglich; die Gründung Gesellschafter müssen sich über eine Notar App (www.notar.de) registrieren und müssen im Besitz eines elektronisch lesbaren Ausweises sein.

Die Videoverhandlung braucht in der Satzung nicht ausdrücklich vorgesehen zu werden. Der Gesetzgeber hat § 48 Abs. 1 GmbHG dahingehend ergänzt, dass Versammlungen nun fernmündlich oder mittels Videokommunikation abgehalten werden können, soweit sämtliche Gesellschafter sich in Textform damit einverstanden erklären.

Srl: Kein Kündigungsrecht für den Geschäftsführer vor Zeitablauf

In Italien ist es üblich, bereits bei Gründung der Gesellschaft ein Beendigungsdatum in der Satzung festzuschreiben. Daher ist der Beschluss, den der Kassationshof am 5. September 2022 gefasst hat (26060/22), von großer praktischer Bedeutung. Danach ist eine ordentliche Kündigung des Geschäftsführers vor Zeitablauf schlicht unwirksam.

Einrichtung eines Compliance-Systems und Geschäftsführerhaftung:

Wie wiederholt im Mandantenbrief berichtet, verfügt das italienische Recht schon seit 2001 über gesetzliche Compliance-Vorschriften (Gesetz 231/2001), nach denen die Organe der Gesellschaft persönlich haften, wenn sie nicht nachweisen, ein wirksames Compliance-System („modello organizzativo“) in das Unternehmen eingeführt zu haben.

In Deutschland fehlt bislang eine ausdrückliche gesetzliche Regelung, sodass der Entscheidung des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 30.3.2022 (12 U 1520/19) besondere Bedeutung zukommt. Nach den Feststellungen des Oberlandesgerichts müssen Geschäftsleiter innerhalb des Unternehmens eine Organisationsstruktur schaffen, mit der sie die Rechtmäßigkeit des Handelns des Unternehmens kontrollieren und Pflichtverletzungen vermeiden können. Im entschiedenen Fall musste der Geschäftsführer der Gesellschaft daher den Schaden ersetzen, der ihr durch eine offensichtlich konfuse Regelung bei der Ausgabe von Tankkarten, die die Mitarbeiter berechtigten, auf Kosten der Gesellschaft Treibstoff zu tanken, entstanden war.

Aufsichtsrat zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegenüber Vorstand verpflichtet

Die Funktionsweise des dualen Systems im deutschen Gesellschaftsrecht ist in vielen Unternehmen in Italien, wo das Board-System verbreitet ist, nicht bekannt. „Aufsichtsrat“ wird auch immer wieder (falsch) mit „consiglio sindacale“ übersetzt, das in italienischen Gesellschaften überwiegend Beiratsfunktionen ausübt. Der Vorstandsvorsitzende entspricht dem italienischen „presidente“ der Gesellschaft, ist aber hierarchisch dem Aufsichtsratsvorsitzenden unterstellt. Der Aufsichtsrat wiederum darf die Gesellschaft nach außen hin nicht vertreten mit Ausnahme eben im Verhältnis zum Vorstand. Der Aufsichtsrat bestellt den Vorstand und überwacht ihn.

Dass er dabei dem Wohl der Gesellschaft verpflichtet ist, hat das OLG Hamm in seiner Entscheidung vom 06.04.2022 (I-8 U 73/12) bestätigt. Danach haften Aufsichtsratsmitglieder mit ihrem persönlichen Vermögen, wenn sie ohne ersichtlichen Grund auf die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen Vorstände verzichten, die der Gesellschaft geschädigt haben. In dem betreffenden Fall wurde die Gesellschaft auch infolge der pflichtwidrigen Handlungen des Vorstands insolvent; die solventen Aufsichtsratsmitglieder wurden vom Insolvenzverwalter erfolgreich auf Schadensersatz verklagt.

Sozialversicherungspflicht von GmbH-Gesellschaftern

Schließt die GmbH Arbeitsverträge mit ihren eigenen Gesellschaftern, so steht oft der Wunsch dahinter, den Gesellschafter sozialversicherungsrechtlich abzusichern. Bislang war dies grundsätzlich bei Gesellschaftern, die keinen beherrschenden Einfluss geltend machen können (also in der Regel weniger als 50 % der Geschäftsanteile halten) möglich. Die Sozialversicherungsträger haben jetzt neue Kriterien für die Abgrenzung veröffentlicht (abrufbar unter https://rvrecht.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/rvRecht/05_Normen_und_Vertraege/10_Rundschreiben_SpV/95_ers_recht_abh_besch_statusfeststellung/rssp_2019_03_21_2022_04_01.html). Unter anderem ist darauf zu achten, dass allein der Geschäftsführer die Dienstaufsicht über den mitarbeitenden Gesellschafter ausüben darf, das heißt, dass dieser nicht der Gesellschafterversammlung unmittelbar unterstehen sollte.

Wirksamkeit von und Schutz gegen Einziehungsbeschluss der GmbH Anteile

Mit Urteil vom 30.06.2022 (5 W 18/22) hat das OLG Frankfurt am Main eine wichtige Grundsatzentscheidung zur Dringlichkeit des Antrags auf einstweilige Verfügung als Abwehr gegen den Einziehungsbeschluss von GmbH Anteilen getroffen.

Im zugrundeliegenden Sachverhalt wurde der Klägerin ihr GmbH Anteil von der Gesellschafterversammlung mit Stimmen der anderen beiden Gesellschafter Ende des Jahres 2021 aus wichtigem Grund entzogen. Noch im gleichen Monat übertrugen die beiden anderen Mitgesellschafter ihre Anteile auf ihre Kinder und gründeten gemeinsam eine neue GmbH, die die gleichen Leistungen wie die alte GmbH erbrachte. Erst ca. vier Monate später forderte die Antragstellerin dann die Alt- und Neugesellschafter auf, rechtlich gegen die neue GmbH vorzugehen und beantragte die einstweilige Verfügung, nachdem sie keine Antwort erhielt.

Das OLG entschied nun zum einen, dass die Anfechtung des Einziehungsbeschlusses selbst keine Suspensivwirkung gegen die Einziehung hat. Die übrigen Gesellschafter können also wirksame Satzungs- und strukturändernde Beschlüsse fassen. Auch eine nachträgliche Wirksamkeit der Beschlussmängelklage führt nicht ex tunc zu einer Nichtigkeit der zwischenzeitlichen Entscheidungen bezüglich der Gesellschaft.

Deshalb können und sollten Betroffene sich mit einer einstweiligen Verfügung vor etwaigen irrever-

siblen Schäden absichern. Erforderlich ist hier ein Verfügungsgrund gem. § 935 ZPO, wobei zu beachten ist, dass bei zu langem Zögern (wie hier den vier Monaten) die Dringlichkeit der Beeinträchtigungsgefahr widerlegt wird. Insbesondere hätte die Antragstellerin mit ihrem Rechtsbeistand die potentiellen Gefahren erkennen können.

§ 179a AktG: Keine analoge Anwendung auf Kommanditgesellschaften

Mit Entscheidung vom 15.02.2022 (II ZR 235/20) hat der Bundesgerichtshof beschlossen, dass der § 179a AktG nicht analog auf die Kommanditgesellschaften anzuwenden ist. Betroffen sind also die erforderlichen Mehrheiten in Gesellschaftsversammlungen bei Gesamtvermögensveräußerungen. Der BGH hatte bereits vor wenigen Jahren die analoge Anwendung auf die GmbH verneint (II ZR 364/18).

Voraussetzungen für eine analoge Anwendung ist eine planwidrige Regelungslücke bei vergleichbarer Interessenlage des § 179a AktG bezüglich Kommanditgesellschaften. Dieser fordert eine Mehrheit, welche mindestens drei Viertel des Grundkapitals umfasst. Bei Veräußerung des Gesellschaftsvermögens liegt allerdings eine außergewöhnliche Maßnahme der Geschäftsführung oder ein Grundlagengeschäft vor. Somit ist die Voraussetzung eines Beschlusses der Gesellschafter mit Allstimmigkeit bei der Kommanditgesellschaft für Vermögensübertragungen bereits abschließend und weitreichend in §§ 116 II, 119 I, 161 II, 164 HGB geregelt.

FAMILIENRECHT

EuGH: "Private" Scheidungen in Italien wirksam!

In der letzten Ausgabe haben wir bereits darüber berichtet, dass ab dem 01.08.2022 neue europäische Vorschriften über Ehesachen und elterliche Verantwortung in Kraft treten würden, die im europäischen Raum automatisch „private Scheidungen“ anerkennen würden, d.h., solche einvernehmlichen Scheidungen, die mit alternativen Verfahren vor dem Gericht (in Italien durch anwaltlich unterstützte Verhandlungen oder vor dem italienischen Zivilstandesamt) abgeschlossen werden können.

Die neuen Regeln gelten nur für Privatscheidungen, die nach dem 01.08.2022 geschlossen werden. Für frühere Fälle hingegen blieb die Frage bis zur Entscheidung des EuGH offen, der mit der Auslegung der spezifischen Vorschrift der europäischen Verordnung 2201/2003 (inzwischen aufgehoben) befasst war. In seinem Urteil vom 15.11.2022 (Rechtssache C-646/20) hat der Europäische Gerichtshof endgültig klargestellt, dass eine von einem Standesbeamten des Ursprungsmitgliedstaats errichtete einvernehmliche Scheidungsurkunde, die die vor dem Standesbeamten getreu den in den Rechtsvorschriften dieses Mitgliedstaats vorgesehenen Bedingungen erfüllt, eine „Entscheidung“ im Sinne von Art. 2 Nr. 4 darstellt.

DIRITTO SOCIETARIO

GmbH: costituzione online dal 1° agosto 2022

Per costituire una GmbH (Srl tedesca) in Germania non è più necessario recarsi fisicamente dal notaio. Dal 1° agosto 2022 è possibile procedere con la costituzione online; i soci devono registrarsi tramite un'apposita app (si veda sul sito www.notar.de) e devono essere in possesso di un documento d'identità leggibile in via elettronica, come la carta d'identità elettronica.

Il legislatore ha modificato la legge in materia di GmbH (§ 48 comma 1 GmbHG) in modo che le assemblee dei soci possono essere tenute anche in modo puramente virtuale, senza la necessità di un'autorizzazione esplicita nello statuto. Il paragrafo 48 comma 1 GmbHG è stato variato in modo che le assemblee possano ora tenersi per telefono o tramite mezzi di telecomunicazione, a condizione che tutti i soci abbiano espresso il proprio consenso in forma testuale.

Srl: nessun diritto di recesso per il socio prima della scadenza del termine.

In Italia è consuetudine prevedere nello statuto un termine di scadenza della società. Pertanto, la sentenza emessa dalla Corte di Cassazione il 5 settembre 2022 (26060/22) è di grande importanza pratica. In base a tale decisione, un recesso ordinario da parte del socio prima della scadenza del termine è semplicemente inefficace.

Istituzione di un sistema di compliance e responsabilità degli amministratori

Come più volte riportato nella Lettera ai Clienti, l'ordinamento italiano prevede già dal 2001 (Legge 231/2001) disposizioni legislative in materia di compliance, in base alle quali gli organi sociali sono personalmente responsabili se non dimostrano di aver introdotto in azienda un efficace sistema di compliance ("modello organizzativo").

In Germania, a tutt'oggi, manca un'espressa regolamentazione legislativa, ragion per cui particolare rilevanza va attribuita alla decisione della Corte di Appello di Norimberga del 30 marzo 2022 (RG 12 U 1520/19). Con tale decisione la Corte ha stabilito che i doveri dell'amministratore di una GmbH si estendono alla creazione di un sistema di compliance con cui poter controllare la legalità delle azioni dell'impresa ed evitare infrazioni. Nel caso deciso, l'amministratore ha dovuto risarcire la società per il danno subito a causa di una disposizione evidentemente confusa nell'emissione di carte carburante che consentivano ai dipendenti di fare rifornimento di carburante a spese della società.

Obbligo del consiglio di sorveglianza di agire per il risarcimento danni nei confronti del consiglio di gestione

Il funzionamento del sistema duale nel diritto societario tedesco non è noto a molte aziende in Italia, dove è diffuso il sistema tradizionale con il consiglio di amministrazione. "Aufsichtsrat" viene ripetutamente tradotto (erroneamente) con "collegio sindacale", che nelle aziende italiane svolge principalmente funzioni di consiglio consultivo. Il presidente del consiglio di gestione corrisponde al "presidente" italiano della società, ma è gerarchicamente subordinato al presidente del consiglio di sorveglianza. Il consiglio di sorveglianza, a propria volta, non è autorizzato a rappresentare la società

verso l'esterno, ad eccezione dei rapporti con il consiglio di gestione. Il consiglio di sorveglianza nomina il consiglio di gestione e lo sorveglia.

La Corte di Appello di Hamm ha confermato nella sua decisione del 06.04.2022 (R.G. I-8 U73/12) che il consiglio di sorveglianza è tenuto ad agire nell'esclusivo interesse della società. Secondo tale decisione, i membri del consiglio di sorveglianza sono personalmente responsabili se rinunciano, senza alcun motivo apparente, a far valere le richieste di risarcimento danni nei confronti dei membri del consiglio di gestione che hanno danneggiato la società. Nel caso in questione, la società è fallita anche a causa delle azioni compiute dal consiglio di gestione in violazione dei propri doveri; di conseguenza, i membri del consiglio di sorveglianza sono stati citati per danni dal curatore fallimentare e condannati al risarcimento.

Obbligo di previdenza sociale dei soci di GmbH

Se la GmbH (Srl tedesca) stipula contratti di lavoro con i propri soci, spesso il proposito è quello di tutelare il socio ai sensi della normativa in materia di previdenza sociale. Finora tale prassi era generalmente ammessa per i soci che non potevano vantare un'influenza di controllo (cioè che di solito detenevano meno del 50% delle quote). Gli istituti di previdenza sociale hanno ora pubblicato nuovi criteri di demarcazione (disponibili su https://rvrecht.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/rvRecht/05_Normen_und_Vertraege/10_Rundschreiben_SpV/95_vers_recht_abh_besch_statusfeststellung/rssp_2019_03_21_2022_04_01.html). Bisogna a tal fine fare attenzione, inter alia, che solo l'amministratore possa esercitare la supervisione sul socio lavoratore, ossia che tale attività di controllo non sia di competenza diretta dell'assemblea dei soci.

Efficacia e tutela contro la delibera di ritiro delle quote sociali della GmbH

Con la sentenza del 30 giugno 2022 (5 W 18/22) la Corte di Appello di Francoforte sul Meno ha preso un'importante decisione in merito al periculum in mora concernente la richiesta di emissione di un provvedimento urgente contro una delibera di ritiro delle quote sociali della GmbH (S.r.l. tedesca).

Nel caso in questione, alla ricorrente era stata ritirata, per giusta causa, la quota della GmbH dall'assemblea dei soci con i voti degli altri due soci. Nello stesso mese, gli altri due soci hanno trasferito le loro quote ai figli e hanno costituito congiuntamente una nuova GmbH, che forniva gli stessi servizi della vecchia GmbH. Solo circa quattro mesi dopo la ricorrente ha chiesto ai vecchi e ai nuovi soci di agire legalmente contro la nuova GmbH e ha chiesto l'emissione di un provvedimento d'urgenza, non avendo ricevuto alcuna risposta.

La Corte ha stabilito, da un lato, che l'impugnazione della delibera di ritiro non ha alcun effetto sospensivo nei confronti del ritiro stesso: gli altri soci possono quindi adottare efficaci delibere di modifica dello statuto e della struttura societaria. Inoltre, una successiva efficacia dell'azione per vizi delle delibere non comporta la nullità ex tunc delle decisioni prese nel frattempo nei confronti della società.

Pertanto, i soggetti interessati possono e devono tutelarsi da possibili danni irreversibili con un provvedimento d'urgenza. In questo caso, è necessario un motivo per la

concessione del provvedimento ai sensi del § 935 ZPO (Cpc tedesco), tenendo presente che, in caso di tempi troppo lunghi (come nel presente caso quattro mesi), non viene ritenuta sussistente l'urgenza inerente al possibile pregiudizio. In particolare, la ricorrente avrebbe potuto riconoscere già prima i potenziali rischi.

Nessuna applicazione in via analogica del § 179a AktG alle società in accomandita

Con decisione del 15.2.2022 (RG II ZR 235/20), la Corte tedesca ha stabilito che il § 179a AktG (legge tedesca sulle Spa) non si applica per analogia alle società in accomandita. Ciò influisce quindi sulle maggioranze richieste nelle assemblee dei soci in caso di cessione dell'intero patrimonio sociale. La Corte Federale aveva già negato l'applicazione di tale disposizione alle GmbH (Srl tedesca) qualche anno fa (RG II ZR 364/18).

Il presupposto per un'analogia è una lacuna normativa non prevista dal § 179a AktG per quanto riguarda le società in accomandita. Tale disposizione richiede una maggioranza di almeno tre quarti del capitale sociale. Trattandosi della cessione dell'intero patrimonio sociale, si configura un atto di amministrazione straordinaria o una decisione "fondamentale". Pertanto, il requisito di una delibera all'unanimità, nel caso di una società in accomandita, per il trasferimento del patrimonio sociale, è già disciplinato in modo definitivo ed esteso nei §§ 116 II, 119 I, 161 II, 164 HGB (codice commerciale tedesco).

Parimenti è lecito che nello statuto societario venga prevista una clausola in deroga (§ 119 II HGB), in modo che, a differenza delle società per azioni, le cessioni dell'intero patrimonio possano essere effettuate anche con la mera maggioranza semplice.

DIRITTO DI FAMIGLIA

CdG: Il divorzio concluso dinanzi all'Ufficio di Stato Civile in Italia è riconosciuto nella UE!

Nella ultima Newsletter avevamo segnalato che a partire dal 01.08.2022 sarebbero entrate in vigore nuove regole europee in materia matrimoniale e sulla responsabilità genitoriale, che avrebbero riconosciuto in automatico nell'area europea i "divorzi privati", ovvero quei divorzi consensuali conclusi mediante procedure alternative al tribunale (in Italia, mediante negoziazione assistita o dinanzi all'Ufficio di Stato Civile italiano).

La nuova disciplina si applica solo ai divorzi privati conclusi dopo il 01.08.2022. Per quelli precedenti invece la questione rimaneva aperta in attesa della decisione della Corte di Giustizia Europea, chiamata a interpretare la specifica previsione del regolamento europeo (oramai sostituito) 2201/2003. Con decisione del 15.11.2022 (causa C-646/20) la Corte di giustizia europea ha chiarito definitivamente che l'articolo 2, punto 4, del regolamento (CE) n.2201/2003 deve essere interpretato nel senso che un atto di divorzio redatto da un Ufficiale dello Stato Civile dello Stato membro d'origine, contenente un accordo di divorzio concluso dai coniugi e confermato da questi ultimi dinanzi a detto ufficiale, in conformità alle condizioni previste dalla normativa di tale Stato membro, rappresenta una «decisione» ai sensi del citato articolo 2, punto 4.

DL OVER THE WORLD

Strasbourg- 12th International Lawyers' Forum of the CDH

On 7-8 October 2022, Martin Cordella, participated in the twelfth International Lawyers' Forum of the CDH (Central Federation of German Trade Associations for Commercial Mediation and Distribution) in Strasbourg and gave a lecture on the control and information rights of the commercial agent under Italian law.

Leipzig - XXIII Congress of the German-Italian Lawyers' Association

From 7 to 9 October 2022, the biennial congress with the Italian sister association took place in Leipzig. All professionals at Dolce Lauda are members of the association, so that a strong local presence (Dangel, Dolce, Castelli, Ramon) was guaranteed this time as well.

Pisa - Supply chains at the university

Marilena Bacci was able to deepen aspects of the supply chain law as a speaker in an English-language seminar at the University of Pisa (led by Prof. and Avv. Gabriella Iermannò) on 07.11.2022. The seminar was mainly aimed at foreign students of various Masters of Science and Economics.

Ravenna - Sustainability and Development

A conference on "Sustainability and Development" will be held in Ravenna on 19/11/2022. Marilena Bacci, together with Roberto Sammarchi, will present the supply chain law to Italian entrepreneurs, highlighting its critical aspects and opportunities.

Dakar - Transports around the world

Marilena Bacci participated in the workshop held jointly by the CISG and Transport Commissions in the framework of the 66th UIA Congress held in Dakar on 29/10/2022 and presented in English on the following topic: can the buyer-consignee make direct claims against the carrier(s) for damage caused by delay or loss of or damage to the goods?

Berlin - "Dieta Mediterranea"

On the occasion of the 8th edition of the Week of Italian Cuisine Worldwide, Rodolfo Dolce participated in a panel discussion on "Italian Agri-Innovation for Sustainability - Promoting the Mediterranean Diet from agriculture to products" and on the phenomenon of "Italian Sounding" in Germany on 15 November 2022. The event was organised by the Italian Embassy and also took place at the Embassy.

Seattle - Congress of the American Association for Justice (AAJ)

At the annual convention of the AAJ in Seattle in early July, Stefano Dangel spoke about the German class action ("Musterfeststellungsklage") and was elected to the board of the AAJ's international practice group.

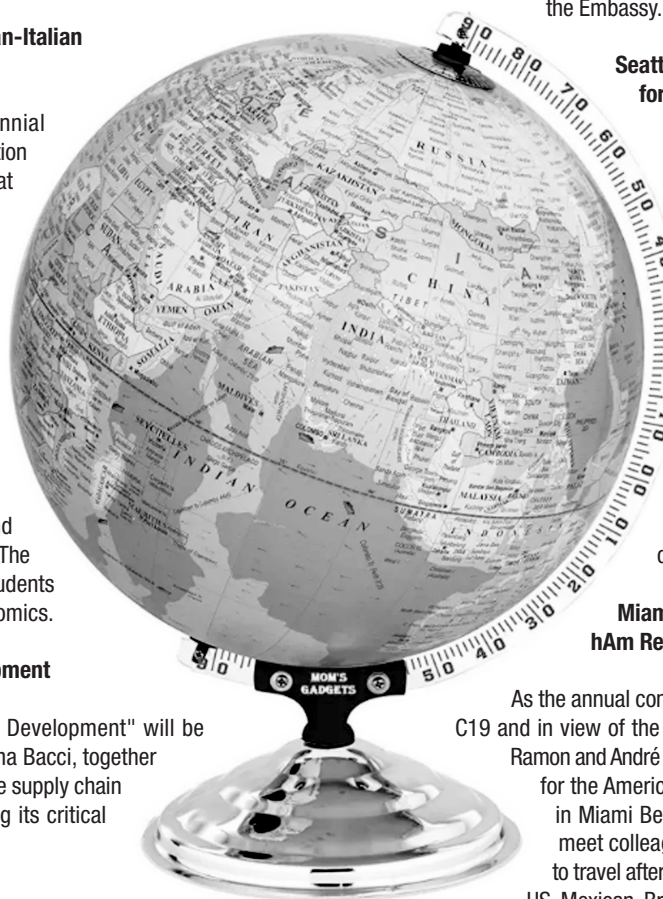
Copenhagen - Annual Conference of Peopil (Pan European Organisation of Personal Injury lawyers)

In mid-September, Stefano Dangel was elected Secretary General of Peopil. At this congress, he spoke together with English colleagues in a panel on fee sharing in legal cooperation in cross-border cases.

Miami Beach - World Link for Law - LATAM/NorthAm Regional Meeting 2022

As the annual conference in May 2022 had to be cancelled due to C19 and in view of the successful European meeting in Malta, Viviana Ramon and André Castelli set out to attend the WLL regional meeting for the Americas as well. This took place on 29 October 2022 in Miami Beach. It proved to be an excellent opportunity to meet colleagues from overseas and some Europeans eager to travel after a long time. Interesting peculiarities of Canadian, US, Mexican, Brazilian and - thanks to the contributions of some colleagues interested in joining the network - other Central and Latin American countries were discussed.

Also in Miami Beach, the board of the WLL Law Firm Network met on 28 October in the presence of André Castelli, where, among other things, the programme for the next annual conference, to be held in London from 11 to 13 May 2023, was discussed. Last chance for a swim in the sea in 2022 ... or rather in the ocean?



DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI
Partnerschaftsgesellschaft mbB

www.dolcelauda.com

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 8 10 29 · email: dlmi@dolce.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · email: dimo@dolce.it

Werastrasse 22 · D-70182 Stuttgart
Tel: +49 711 236 42 91 · email: info@dolce.de

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München
Tel: +49 89 599 186 26 · email: info@dolce.de

Via Amendola 104 · I-70126 Bari
Tel: +39 - 080 512 99 49 · email: diba@dolce.it